Bundeskriminalamt

Forschungsdokumentation 2006

Projektsammlung aus der kriminalistisch-kriminologischen Polizeiforschung

Stand: August 2006

Informationen aus der
kriminalistisch-kriminologischen Forschung
herausgegeben vom
Bundeskriminalamt
Kriminalistisches Institut

Zusammenstellung und redaktionelle Bearbeitung:

Doris Hammen

Fachbereich KI 35: Publikationswesen /
Veranstaltungen KI

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....3

Ausländerfeindlichkeit/Rechtsextremismus

Bestandsaufnahme von Maßnahmen der Landesjustizverwaltung zur Bekämpfung und zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt.....8

Forschungsstudie zu den Ursachen der Ungleichverteilung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Sachsen-Anhalt.....11

Vergleich des Konzeptes der hate crimes in den USA und des Rechtsextremismus in Deutschland 12

Drogen/Sucht

Der Einfluss heroingestützter Therapie auf die Delinquenz Drogenabhängiger.....13

Evaluation des Programms "Ausweg" 17

Dunkelfeldforschung/Sicherheitsgefühl

Allgemeine Bürgerbefragung - Datenauswertung unter kriminologischen Aspekten 20

Allgemeine Bürgerbefragung / Dunkelfeldforschung - Fortschreibung 2005 21

Bürgerbefragung der Polizeidirektion Landau.....23

Nachfolgeuntersuchung zur subjektiven Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz 26

Sicherheit und Kriminalität im Kontext der EU-Ost-Erweiterung.....28

Trends der Kriminalität in NRW. Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen...31

Evaluation

Evaluation der "Jungtatverdächtigendatei" als Arbeits-grundlage für die polizeiliche Jugendsachbearbeitung bei Intensivtätern in Sachsen-Anhalt 33

Evaluation des Präventionskonzepts "Good Practice - Gegen Gewalt, Rassismus und Diskriminierung an Schulen im Bereich der Polizeidirektion Dessau" 35

Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen - eine kommentierte Rückfallstatistik 37

Gewalt

Analyse von Tat- und Tätermerkmalen bei Tötungs- und sexuellen Gewaltdelikten in Thüringen.....41

Feldstudie zur Häuslichen Gewalt im Rahmen der Agenda 21 des Rems-Murr-Kreises 43

Gewalt an Schulen 45

Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland .47

Suizide und suizidrelevante Einsätze im Polizeidirektions-bereich Erfurt 1999 - 2003 50

Tötungsdelikte mit sexueller Komponente in Bayern 1980 bis 2005 52

Untersuchung zur Veränderung der Anteile versuchter und vollendeter Vergewaltigungen im Hellfeld.....54

Kinder- und Jugendkriminalität

Forschungsstudie zu Einflussfaktoren auf die Entwicklung von Einsichtsbereitschaft in ein Fehlverhalten bei delinquenten Jugendlichen - Sekundäranalyse von Jahresstatistiken der Jugendberatungsstellen bei der Polizei (JUBP) in Sachsen-Anhalt 55

Jugendkriminalität in der modernen Stadt. Jugenddelinquenz und -devianz im Wandel von urbanen Sozialmilieus, Lebens-, Freizeit- und Konsumstilen, ethnisch-kulturellen Orientierungen und sozialer Kontrolle 57

Junge Mehrfachtatverdächtige in NRW 61

Korruption

Theorie der korruptiven Beziehung? Metaanalyse vorliegender Erkenntnisse über korruptive Handlungen 62

Organisierte Kriminalität

Kriminalität im Zusammenhang mit gewerblichen Sicherheits- und/oder Bewachungsunternehmen - insbesondere deren Verflechtungen zur Organisierten Kriminalität über die so genannte Türsteherszene.....63

Verfahrenszahlen Menschenhandel.....65

Zur Verurteilungspraxis deutscher Gerichte auf dem Gebiet der Schleuserkriminalität 67

Polizeiinterna

Ausbildungsprofil Niedersächsische FHVR, Fakultät Polizei 70

Berufliche Selbstcharakterisierung der ehemaligen Volkspolizisten, die in die Länderpolizei übernommen wurden, zur Wendezeit.....73

Berufswahl "Polizeibeamtin/-beamter" 74

Gesellschaftliche und internationale Entwicklungen, Qualifikationsanforderungen an den Polizeiberuf und Aufgaben der Ausbildung der Polizei - Evaluation der Polizeiausbildung und -weiterbildung. 76

Kollegiale Beratung und Supervision im Polizeidienst. Unterstützung professionellen Handelns beim Übergang von der FHVR in den Vollzugsdienst.....79

Seiteneinsteigerinnen im Polizeialltag: Erfahrungen und Probleme 81

Polizeiliche Arbeitsmethoden

Drogenerkennung im Straßenverkehr, Projekt "WipeDrug" 82

Evaluierung und Optimierung des Aufbaulehrgangs Fallanalyse 84

Pilotprojekt ViCLAS 4.0 - Zusammenarbeit mit der RCMP und NCOF..86

Polizeiliche Vernehmung und Glaubhaftigkeit 88

Rückmeldesysteme in der Kriminalitätssachbearbeitung.....90

Täterprofil von Brandstiftern 92

Tattypen bei Sexualmorden sowie Alters- und Biografievariablen von Sexualmördern 95

Zur Verwendung des Merkmals "deliktsunspezifische polizeiliche Vorerkenntnisse" bei Ermittlungen zu sexuellen Gewaltdelikten 99

Prävention

Das sächsische Polizeiprogramm POLDI - Primärprävention im Kindergarten 101

Evaluation des Projektes "Videoschutz Ravensberger Park" 104

Gewaltprävention im lokalen Netzwerk - Jugendoffensive Merzig.....106

Kelly-Insel - Evaluation des Präventionsprojekts gegen sexuelle Gewalt an Kindern 109

Kriminalität in Bayerischen Oberzentren.....115

Kriminalität und Gewalt im Leben alter Menschen 116

Richtlinien zur Förderung der Diversion bei jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten in Schleswig-Holstein 119

Umweltkriminalität

Abfallwirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung - eine empirische und rechtsdogmatische Studie 121

Wirtschaftskriminalität

Geldbeschaffungsbetrug in den 10 neuen Mitgliedsländern der EU.....124

Illegale Handlungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Krediten 127

Polizeiliche Bearbeitung von Insolvenzkriminalität 130

Sonstige

Curriculumforschung 132

Entwicklung der Schießfertigkeit im Verlauf des Studiums an der VFH133

Extremismen in biographischer Perspektive (EbiP).....135

Mehrfach- und Intensivtäter in Hessen 137

Monitoringsystem Terrorismus - Extremismus (MoTE).....139

Rechtliche, rechtspolitische und polizeipraktische Bewältigung der defizitären Rechtslage im Zusammenhang mit Mindestspeicherfristen für Telekommunikations-verbindungsdaten 140

Schießen auf flüchtende Personen 142

Virtueller Tatort 143

Wirkung des Einsatzes von Fallbeispielen im Rahmen des Unterrichtsfaches Einsatztraining 145

Stichwortverzeichnis.....147

Bestandsaufnahme von Maßnahmen der Landesjustizverwaltung zur Bekämpfung und zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt

Untersuchungsgegenstand

Im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz führte die Kriminologische Zentralstelle eine Bestandsaufnahme von Maßnahmen der Landesjustizverwaltungen zur Bekämpfung und zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt durch. Sie sollte zeigen, was getan wurde und ggf. noch getan werden kann, um gesamtgesellschaftliche Strategien zu verbessern, in denen die Justiz eine wichtige Rolle spielen muss. Dabei orientierte sich die Befragung an folgenden thematischen Schwerpunkten:

- Kriminalpolitische Initiativen und Programme
- Ermittlungsverfahren
- Gerichtliches Verfahren
- Gerichtshilfe / Jugendgerichtshilfe
- Nicht freiheitsentziehende Sanktionen
- Jugendarrest
- Justizvollzug
- Bewährungshilfe
- Fortbildung

Aktualisierung März 2006:

Über die Befragung der Landesjustizverwaltungen hinaus wurde eine Sonderdokumentation erstellt, die das gesamte Spektrum der Bekämpfung des Rechtsextremismus aufzeigt und kritisch bewertet.

Forschungsmethoden

- Befragung (schriftlich)
- ergänzende Recherchen (telefonisch)
- Dokumentanalysen

Projektablauf

Die Befragung bei den Landesjustizverwaltungen wurde – abgesehen von einzelnen Nachfragen der Bearbeiter – im Sommer 2003 abgeschlossen.

Forschungsergebnisse

Die Auswertung der umfangreichen Unterlagen (Bericht + CD-ROM) stützt sich auf alle bis August 2003 eingegangenen Fragebögen und Materialien aus 15 von 16 Bundesländern. Der Intention der Bestandsaufnahme folgend wurden keine ergänzenden Recherchen (Literatur etc.) vorgenommen. Gliederung und Aufschlüsselung des Materialienteils, die sich auf einer CD-ROM finden, bieten einen Wegweiser zur Kenntnisnahme einzelner interessanter Quellen. Exemplarisch wurden durch die KrimZ zu diesem Zweck von den Landesjustizverwaltungen übermittelte Volltexte erfasst und informative Zusammenfassungen erstellt. Die Bestandsaufnahme gibt eine differenzierte Antwort auf die Frage, wie die Justiz der gesellschaftlichen Herausforderung des Rechtsextremismus begegnet. Sie dient vorzüglich dem Informationsaustausch und der Verständigung der Landesjustizverwaltungen.

Besonderheiten

Nahezu zeitgleich zum Beschluss der Mitgliederversammlung der Kriminologischen Zentralstelle, diese Bestandsaufnahme im Justizbereich durchzuführen, vereinbarte die „Informationsgruppe zur Bekämpfung rechtsextremistischer-/terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte“ (IGR) im Rahmen der Untersuchung rechtsextremistischer Strukturen von in Deutschland einsitzenden Rechtsextremisten eine Befragung bei den Justizvollzugsanstalten. Die KrimZ erlangte über dieses Vorhaben erst Kenntnis, als die IGR-Fragebögen bei den Justizvollzugsanstalten zum Teil bereits bearbeitet und die Vorbereitungen für die eigene, im Auftrag des Bundesjustizministeriums und mit Zustimmung der Länderjustizministerien durchzuführende Befragung abgeschlossen worden waren. Der KrimZ liegt der IGR-Bericht nicht vor. Im August 2003 teilte das Bundesministerium der Justiz der KrimZ mit, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die Abschnitte II.1 (S. 13 - 14) und II.2 (S. 21 - 22) des als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuften Berichts für die Zwecke der KrimZ freigegeben habe.

Kosten/Finanzierung

Die anfallenden Kosten werden vom Haushalt der KrimZ gedeckt.

Umsetzung

Das Ergebnis wurde im Rahmen einer KrimZ-Mitgliederversammlung präsentiert und ein Auswertungsbericht an die Justizministerien versandt (Maßnahmen der Landesjustizverwaltungen zur Bekämpfung und zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Eine Bestandsaufnahme der Kriminologischen Zentralstelle. Vorläufiger Auswertungsbericht + CD-ROM. Stand: August 2003 / Bearbeiter: Werner Sohn). Die Kriminologischen Dienste wurden im Rahmen einer Arbeitsbesprechung informiert. Ein Ergebnisbericht wurde auch ins Internet eingestellt.

Aktualisierung März 2006:

Ergänzend zur länderbezogenen Bestandsaufnahme wurde eine Sonderdokumentation "Bekämpfung des Rechtsextremismus" für eine größere Fachöffentlichkeit erstellt und zu einer von DFK und KrimZ organisierten Fachtagung im Herbst 2005 vorgelegt (2. Aufl. 2006).

Kontakte

Kriminologische Zentralstelle e. V., Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden
Internet: http://www.krimz.de
E-Mail: info@krimz.de

Forschungsstudie zu den Ursachen der Ungleichverteilung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in Sachsen-Anhalt

Untersuchungsgegenstand

In Sachsen-Anhalt gibt es eine auffällige regionale Ungleichverteilung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Die Studie soll Erkenntnisse über mögliche Ursachen für dieses Phänomen erbringen. Vorstellbar sind u.a. Zusammenhänge zwischen der örtlichen Existenz oder Aktivität rechtsextremer Organisationen und dem Auftreten rechtsextremistischer Delikte.

Forschungsmethoden

Experteninterviews, schriftliche Befragungen, Sekundäranalysen, statistische Analysen, statistische Prüfverfahren

Projektablauf

Beginn Herbst 2006, Laufzeit ein Jahr

Forschungsergebnisse

siehe Ziel

Kosten/Finanzierung

voraussichtlich keine zusätzlichen Kosten

Umsetzung

Forschungsbericht, Lehre

Kontakte

Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt, Fachgruppe IV,
Schmidtmannstraße 86, 06449 Aschersleben
Internet: http://www.fhs.pol.lsa-net.de
E-Mail: poststelle@fhs.pol.lsa-net.de

Vergleich des Konzeptes der hate crimes in den USA und des Rechtsextremismus in Deutschland

Untersuchungsgegenstand

Vergleich des Konzeptes der hate crimes in den USA und des Rechtsextremismus in Deutschland anhand historischer, juristischer, gesellschaftlicher, statistischer, theoretischer und präventiver Dimensionen

Für eine statistische Gegenüberstellung wurden jeweils Polizeidaten des BKA und des FBI zugrunde gelegt.

Forschungsmethoden

statistische Analysen, Dokumentenanalyse, Aktenanalyse

Projektablauf

Ende 2003: Dateneingabe, Erhebung
Ende 2006: Fertigstellung der Arbeit

Kosten/Finanzierung

Eigenfinanzierung

Umsetzung

Publikation

Kontakte

Universität Tübingen, Institut für Kriminologie, Sand 6/7, 72076 Tübingen
Internet: http://www.ifk.jura.uni-tuebingen.de
E- Mail: ifk@uni-tuebingen.de

Der Einfluss heroingestützter Therapie auf die Delinquenz Drogenabhängiger

Untersuchungsgegenstand

Das bundesdeutsche Modellprojekt zur Heroinvergabe sieht vor, dass im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie Schwerstabhängige, die bislang vom Suchthilfesystem nicht erreicht wurden oder bei denen eine Methadonsubstitution erfolglos blieb, versuchsweise injizierbares Heroin als Medikament bekommen. Eine Kontrollgruppe erhält parallel die Ersatzdroge Methadon. Beide Gruppen werden regelmäßig medizinisch betreut und erhalten eine psychosoziale Begleittherapie. Die Behandlungsdauer beträgt ein Jahr. Anschließend besteht für die Heroingruppe die Möglichkeit, die Behandlung noch ein weiteres Jahr vorzusetzen. Zielgruppe der Untersuchung sind Drogenabhängige, die in der Vergangenheit vom psychosozialen Hilfsnetzwerk nicht erreicht wurden oder bei denen eine Methadonbehandlung nicht befriedigend verlaufen ist. Das Modellprojekt wird von einer gemeinsamen Initiative des Bundesministeriums für Gesundheit, der Länder Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie der Städte Bonn, Frankfurt, Hannover, Karlsruhe, Köln und München getragen und durch die Bundesärztekammer begleitet. Die wissenschaftliche Leitung liegt beim Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg (ZIS).

Die primären Zielkriterien der Studie sind die Reduktion des illegalen Drogenkonsums, die Verbesserung des gesundheitlichen Zustands und die Verbesserung der psychischen Symptomatik. Von großer gesellschaftlicher Relevanz dürfte darüber hinaus eines der sekundären Zielkriterien sein: der Rückgang der Kriminalität der Teilnehmer/innen. Mit der Entwicklung der Kriminalität der Studienteilnehmer/-innen befassen sich das Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) und der Lehrstuhl für Kriminologie der Universität Gießen in drei aufeinander abgestimmten Teilstudien. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen verfolgt dabei drei Hauptfragestellungen:

- Führt die Heroinvergabe zu einer bedeutsamen Abnahme kriminellen Verhaltens bei den Teilnehmern?

- Kommt es bei den Teilnehmern an der kontrollierten Heroinvergabe zu einer stärkeren Verminderung kriminellen Verhaltens als bei den Teilnehmern an der Methadonsubstitution?
- Welche Personen- und Situationsmerkmale tragen darüber hinaus zu Veränderungen der Kriminalität bei?

Forschungsmethoden

Zur Beantwortung der genannten Fragen werden zwei Methoden eingesetzt: Erstens findet mit der sogenannten standardisierten Dunkelfeldanalyse eine persönlich-mündliche Befragung der Studienteilnehmer/-innen statt. Die Fragen sind in ein umfassendes Untersuchungsinstrument integriert und thematisieren die Häufigkeit, mit der verschiedenste Delikte in den letzten 12 Monaten begangen wurden, die Häufigkeit von Viktimisierungserlebnissen sowie Erfahrungen mit Polizei und Justiz. Darüber hinaus werden zahlreiche Personenmerkmale erhoben (z. B. Kennwerte der sozialen Integration, Fähigkeit zur Selbstkontrolle der Teilnehmer/-innen), die bei der Auswertung eine Differenzierung nach unterschiedlichen Subgruppen gestatten sowie eingehendere Untersuchungen der Wirkungsweise der Behandlung auf das kriminelle Verhalten. Die Dunkelfelderhebung findet zu Beginn der Behandlung, nach 12 Monaten und nach 24 Monaten statt.

Zum zweiten werden in der sogenannten Hellfeldanalyse in Zusammenarbeit mit den Landeskriminalämtern der beteiligten Länder und unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen polizeiliche Tatverdächtigenregister ausgewertet. Ziel dieser Auswertung ist es, für die relevanten Zeiträume (12 Monate vor der Behandlung, 1. bis 12. Monat und 13. bis 24. Monat der Behandlung) festzustellen, wie oft ein bestimmter Studienteilnehmer mit welchen Delikten von der Polizei registriert wurde. Um die Kriminalitätsbelastung der Probanden auch im Vergleich zur Kriminalitätsentwicklung generell darstellen zu können und andererseits ein Maß für polizeiliche Aktivitäten in den Studienorten zu haben, ist weiterhin geplant, sowohl für die Studienorte als auch für jeweils eine weitere Stadt in dem betreffenden Bundesland eine allgemeine Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik vorzunehmen.

Bei der Auswertung der Daten sollen die Entwicklungstrends in beiden Datenquellen verglichen werden. Nur wenn sich gleiche Trends zeigen, ist eine zuverlässige Interpretation möglich. Würde sich beispielsweise in den selbstberichteten Daten eine Abnahme der Kriminalität zeigen, nicht aber in den Tatverdächtigenziffern, so könnten als Alternativerklärungen

beispielsweise eine zunehmende Verschweigungstendenz der Studienteilnehmer/-innen oder eine intensivere polizeiliche Kontrollaktivität in Frage kommen.

Seitens des Lehrstuhls für Kriminologie an der Universität Gießen wird eine qualitative Studie durchgeführt, in der eine ausgewählte Anzahl von etwa 100 der heroinsubstituierten Studienteilnehmer in Intensivinterviews zu zwei Zeitpunkten befragt wird. Diese Daten gewähren vor allem einen Einblick in die biographische Entwicklung der Delinquenz und ermöglichen außerdem den Vergleich mit den Angaben der Teilnehmer/-innen in der standardisierten Dunkelfeldbefragung. Die Verbindung von Hellfeldanalyse, standardisierter Dunkelfeldanalyse sowie qualitativen Interviews stellt eine grundsätzliche methodische Verbesserung gegenüber früheren Studien dar.

Projektablauf

Projektdauer: 12/2001 bis 12/2006

Die Rekrutierung der Studienteilnehmer wurde Ende 2003 abgeschlossen. Bislang liegen die Ergebnisse der Dunkelfeldbefragung für das erste Behandlungsjahres vor. Die endgültigen Ergebnisse der kriminologischen Spezialstudie werden jedoch aufgrund erhebungstechnischer Besonderheiten der Hellfeldanalyse erst gegen Ende des Jahres 2006 vorliegen.

Forschungsergebnisse

Aktualisierung 2006:

Zusammenfassend lassen sich die ersten Ergebnisse der Studie wie folgt schildern:

Für die im Rahmen der Dunkelfeldbefragung erfassten Delikte nehmen Prävalenz und Inzidenz im ersten Behandlungsjahr deutlich ab. Dies gilt sowohl für die Heroin- als auch für die Methadongruppe. Für einige Delikte ist diese Abnahme in der Heroingruppe jedoch noch stärker ausgeprägt als in der Methadongruppe. Diese Behandlungswirkung auf die Delinquenz wird vorwiegend über eine Reduktion des Konsums illegaler Drogen sowie über eine Desintegration aus der Drogenszene vermittelt. Eine Subgruppe der Studienteilnehmer - Personen, die durch einen frühen Beginn ihrer kriminellen Karriere vor dem Alter von 14 Jahren auffallen - spricht, zumindest was die Delinquenz anbetrifft, weniger gut auf die Behandlung an. Insgesamt zeigt das Modellprojekt, dass die Heroinvergabe bei Patienten mit einer schweren, chronischen Opiatabhängigkeit, die durch keine anderen

Behandlungsmaßnahmen erreicht werden können oder bei denen die herkömmliche Methadonsubstitution bislang erfolglos blieb, von der Heroinvergabe sowohl gesundheitlich als auch hinsichtlich ihrer sozialen Integration profitieren.

Für die umfangreichen medizinischen Ergebnisse der Studie sei auf die Homepage des Modellprojektes www.heroinprojekt.de verwiesen.

Kosten/Finanzierung

Die Studie wird vom Bundesministerium für Gesundheit und den beteiligten Städten/Bundesländern finanziert. Die Kosten für die kriminologische Teilstudie liegen bei rund 104.400 EURO. Die Kosten für das gesamte Modellprojekt liegen natürlich wesentlich höher.

Umsetzung

Publikationen

Kontakte

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN),
Lützeroderstraße 9, 30161 Hannover
Internet: http://www.kfn.de
E-Mail: kfn@kfn.uni-hannover.de

Evaluation des Programms "Ausweg"

Untersuchungsgegenstand

Die Evaluation untersucht das Programm „Ausweg“. Es handelt sich dabei um eine Kooperation von Bewährungshilfe, Jugendgerichtshilfe, Bezirkssozialarbeit und Hilfeeinrichtungen der Jugendhilfe und der Drogenhilfe - erarbeitet in Abstimmung mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendrichtern.

Ziel von „Ausweg“ ist es, Jugendliche und Heranwachsende die durch den Konsum illegaler Suchtmittel auffällig geworden sind, frühzeitig zu erreichen, und eine Sucht-, und/oder Kriminalitätskarriere zu verhindern.

Ein Strang der Evaluation untersucht die Ebene der Kooperation selbst, d. h. die vereinbarten Wege und Rückmeldungen an den Schnittstellen und die Instrumente wie den Flyer für die Jugendlichen und die Funktion der Fachtage.

Ein zweiter Strang der Evaluation untersucht die Wirkung der Kooperation sowohl auf die Jugendlichen als auch auf die Arbeit der beteiligten Kolleg/innen.

Forschungsmethoden

- Befragungen mittels Fragebogen
- leitfadengestützte Interviews
- statistische Analysen
- schriftlicher Bericht nach einer Erhebungsrunde
- Fachtage nach den Erhebungsrunden, um die Ergebnisse zu diskutieren, Konsequenzen zur Weiterentwicklung von „Ausweg“ daraus zu erarbeiten und die nächste Erhebungsrunde zu planen

Projektablauf

Das Projekt begann im Frühjahr 2005 und endet im Frühjahr 2007.

Es finden 2 - 3 Erhebungsrunden statt (Fragebögen und Interviews).

Im Frühjahr 2007 wird das Projekt mit einem Abschlussbericht, einem Fachtag und einer Planung des weitern Vorgehens abgeschlossen.

Forschungsergebnisse

Als Zwischenergebnis lässt sich sagen, dass alle Beteiligten das Programm „Ausweg“ als ein an seinen Zielen gemessenes gutes und hilfreiches Instrument betrachten.

Weiterentwicklungen sind in zwei Bereichen notwenig:

1. Weitere Verbesserungen an den Schnittstellen zwischen den beteiligten Institutionen

2. Umsetzung bereits „theoretisch“ erarbeiteter Kooperationen, wie z. B. der Ablauf, wenn sich ein Jugendlicher/Heranwachsender bereits in Haft befindet, oder die Umsetzung gemeinsamer Module von Einrichtungen der Jugendhilfe und der Drogenhilfe

Angedacht ist die Einbeziehung der Führerscheinstellen und der Abteilung der Staatsanwaltschaft die mit suchtmittelbedingten Verstößen im Straßenverkehr betraut sind.

Kosten/Finanzierung

Das Programm ist in der Installationsphase Drittmittelfinanziert – u. a. durch die Landesstiftung (Förderinitiative Jugendkriminalprävention FJK) - "Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.", LVA, etc.

Umsetzung

Sowohl die Zwischenergebnisse als auch die Abschlussergebnisse der Untersuchung werden verwertet:

- schriftliche Berichte, die an alle beteiligten Institutionen versandt werden
- Auswertung der Berichte und Erarbeitung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung mit allen beteiligten Institutionen auf Fachtagen
- Präsentation des Programm „Ausweg“ und seiner Entwicklung auf Tagungen und bei Sitzungen mit anderen interessierten Institutionen
- Präsentation des Programms „Ausweg“ auf der Homepage des Kooperationspartners „Horizont“.

Kontakte

Polizeidirektion Waiblingen, Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen
Internet: http://www.polizei-waiblingen.de

Rehabilitationseinrichtung Four Steps, Qualitätsentwicklung,
Ringstraße 20, 70736 Fellbach
Internet: http://www.verein-fuer-jugendhilfe.de
E-Mail: wallenwein@vfj-bb.de

Allgemeine Bürgerbefragung - Datenauswertung unter kriminologischen Aspekten

Untersuchungsgegenstand

Die im Rahmen der Allgemeinen Bürgerbefragungen erhobenen Daten werden unter kriminologischen Aspekten ergänzend ausgewertet. Ziel des Projektes ist es, Erkenntnisse über Sicherheitsempfinden und Kriminalitätsfurcht sowie die Einflüsse sozialräumlicher und individueller Rahmenbedingungen darauf zu gewinnen.

Forschungsmethoden

multivariate statistische Sekundäranalyse

Projektablauf

Beginn: Februar 2005
voraussichtliches Ende: September 2006

Forschungsergebnisse

Der Forschungsbericht wird auf den Seiten der KKF
im Internet:
http://www1.polizei-nrw.de/lka/Forschung/Projekte/
und in Extrapol:
http://www.extrapol.de/Kriminalistisch-Kriminologische-Forschungsstelle-LKA-NRW-.14980.htm
abrufbar sein.

Kontakte

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Abteilung 3 / Sachgebiet 32.1,
Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle,
Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf
E-Mail: kkf@lka.polizei.nrw.de

Allgemeine Bürgerbefragung / Dunkelfeldforschung - Fortschreibung 2005

Untersuchungsgegenstand

Erhebung der subjektiven Sicherheit (einschl. Fragen zur eigenen Viktimisierung und zum Anzeigeverhalten) sowie den Einflussfaktoren

Forschungsmethoden

Schriftliche, postalische Umfrage; Adressaten nach dem Zufallsprinzip ausgesucht

Projektablauf

Erstbefragung der Stadt Bremen: 1999 - 2001
Wiederholungsbefragung: 2001 - 2005

Forschungsergebnisse

Im Zeitraum zwischen der Erst- und Zweitbefragung veränderte sich weder das Sicherheitsgefühl, noch konnte eine gesteigerte Viktimisierungsquote festgestellt werden. Organisatorische Veränderungen (Nachtschließung von Polizeirevieren, Umstellung des Streifendienstes) wirkten sich nicht negativ auf die Subjektive Sicherheit, die Wahrnehmung polizeilicher Präsenz und die Bewertung der Kontakte zur Polizei aus.

s. a. Hinweis bei "Umsetzung"

Besonderheiten

Im letzten Befragungsdurchgang (November 2005) wurde versuchsweise die schriftliche Erhebungsmethode um einen optional abrufbaren Fragebogen im Internet erweitert. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte durch die Universität Bremen (FB 8-empas).

Kosten/Finanzierung

Eigenmittel der Polizei Bremen

Umsetzung

Ausgewählte Ergebnisse, siehe:
www.polizei.bremen.de anschl. link zur Bürgerbefragung

weiterführende Artikel: Hoffmann/Goritzka: "Der Polizei-Bürger-Dialog: Möglichkeiten und Grenzen mündlicher, schriftlicher und elektronischer Befragung", erschienen in Groß/Schmidt (Hrsg.) 'Empirische Polizeiforschung VI: Innen- und Außenansichten der Polizei', Frankfurt, 2005 und

Goritzka/Kury: „Über die Aussagekraft von Bevölkerungsbefragungen – eine vergleichende Untersuchung zwischen Bremen und Rottweil", erscheint im Frühsommer 2006 in Hoffmann (Hrsg.) ‚Empirische Polizeiforschung VII: Evaluation in der Polizei', Frankfurt, 2006

Kontakte

Polizei Bremen, Präsidialabteilung PA 12, In der Vahr 76, 28329 Bremen
Internet: http://www.polizei.bremen.de

Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen, Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPOS), Doventorscontrescarpe 172, 28195 Bremen

Bürgerbefragung der Polizeidirektion Landau

Untersuchungsgegenstand

Zielsetzung ist die Antwort auf folgende Fragen:
Wie zufrieden sind die Bürgerinnen und Bürger der Südpfalz mit den erbrachten polizeilichen Leistungen?

Forschungsmethoden

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Landau riefen nach vorheriger Ankündigung in der Presse 2.144 zufällig ausgewählte Südpfälzerinnen und Südpfälzer an Werktagen zwischen 18.00 und 20.00 Uhr zu Hause an. Nach der Last-Birthday-Methode wurden 355 Personen ausgewählt und interviewt, die älter als 14 Jahre waren und in den letzten sechs Monaten mit der Polizei Kontakt hatten. Dies entspricht einer Kontaktquote von 16,6%.
Die Befragten erhielten Gelegenheit, mittels Schulnoten zwischen 1 und 6 ihre Zufriedenheit mit den polizeilich erbrachten Leistungen zum Ausdruck zu bringen. Benotet wurden der erste Eindruck von der Polizeidienststelle ebenso wie die polizeiliche Reaktionszeit und Zuverlässigkeit. Standardisiert gefragt wurde auch zur Kommunikation und Information, zum Einfühlungsvermögen und zur Wertschätzung, zur Sachlichkeit, zum äußeren Erscheinungsbild, zur Hilfsbereitschaft und fachlichen Kompetenz sowie zur erlebten Initiative der handelnden Polizistinnen und Polizisten.
Neben Fragen zu Alter und Geschlecht wurden die Angerufenen auch um Auskunft gebeten, ob und mit wem sie über ihren Kontakt mit der Polizei gesprochen haben. Darüber hinaus erhielten sie Gelegenheit, sich allgemein zu Stärken und Schwächen der Polizei in der Südpfalz sowie erwarteten Verbesserungen zu äußeren. Die Angerufenen nahmen die Telefonbefragungen von durchschnittlich 12 bis 15 Minuten Dauer durchweg positiv auf. Nur 78 (3,6%) verweigerten das gewünschte Interview.

Projektablauf

Die Erhebung der Daten fand in der ersten Dezemberwoche 2005 statt. Für die Interviews hatte eine Psychologiestudentin während eines Praktikums bei der Polizeidirektion Landau einen Interviewerleitfaden entwickelt, erprobt und die Interviewerinnen und Interviewer geschult.

Im Rahmen ihres Praktikums wertete die Psychologiestudentin auch die Daten aus.
Betreut wurde das Projekt vom Fachbereich Psychologie der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau.

Forschungsergebnisse

Mit der Durchschnittsnote 2,1 (eigene Fragestellung) stellten die Befragten ihrer Polizei ein gutes Zeugnis aus: 17,1% vergaben die Note 1, 62,1% die Note 2, weitere 18,5% die Note 3 und lediglich 1,8% die Note 4.

37,7% der Befragten hatten im Straßenverkehr, 28,7% auf der Polizeidienststelle, 17,4% zu Hause, drei Prozent auf Veranstaltungen und 13,2% bei sonstigen Gelegenheiten Kontakt mit der Polizei.

Aufschlussreich erscheinen auch die Ergebnisse zu den Ereignisbeteiligungen:

75% waren an dem Ereignis beteiligt, davon 37,6% als Beschuldigte oder Betroffene, 21,7% als Opfer, 16,8% als Zeuge, 5,3% als Hilfesuchende und 18,7% wurden unter Sonstige zusammengefasst.

Zu den Stärken der Polizei nannten 58 (16,3%) die Zwischenmenschlichkeit, 47 (12,3%) die Präsenz und 33 (9,2%) Kontrollen. Eine Mehrheit von 170 (47,8% machte dazu keine Angaben. 225 Befragte erkannten keine Schwächen bei der Polizei. Lediglich 28 (7,8%) erwähnten die Wartezeiten, 20 (5,6%) die Unterbesetzung und ebenfalls 20 (5,6%) zu wenig Kontrollen. Auch zu möglichen Verbesserungsvorschlägen machten 180 Angerufene keine Angaben. 58 (16,3%) forderten mehr Bürgernähe, 34 (9,5%) mehr Verkehrskontrollen und nur 23 (6,4%) mehr Personal für die Polizei.

Über ihren Kontakt mit der Polizei sprachen 83,1% mit Anderen, 59,9% davon eher positiv und nur 10,5% eher negativ.

Für die Interviews sind von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeidirektion Landau 188 und durch die Schulung der Interviewerinnen und Interviewer ca. 60 Arbeitsstunden angefallen.

Besonderheiten

keine

Kosten/Finanzierung

ca. 150 Euro

Umsetzung

Die Untersuchungsergebnisse wurde in der örtlichen Presse veröffentlicht und im Rahmen einer Dienstbesprechung den Führungskräften der Polizeidirektion vorgestellt und erläutert.

Die Ergebnisse werden auf den Inspektionen der Polizeidirektion Landau in Workshops aufbereitet, sodann werden Ziele und deren Erreichung ein Maßnahmenplan erstellt.

Die Befragung soll in drei bis vier Jahren wiederholt werden.

Kontakte

Polizeidirektion Landau, Führungsgruppe, Westring 23 - 25, 76829 Landau
Internet: http://www.polizei.rlp.de
E-Mail: pd.landau@polizei.rlp.de

Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, Fachbereich Psychologie,
Im Fort 7, 76829 Landau
E-Mail: braun@uni-landau.de

Nachfolgeuntersuchung zur subjektiven Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz

Untersuchungsgegenstand

Das Projekt gehört zum Gesamtprojekt "Subjektive Sicherheit und Lebensqualität"

Projektgegenstand/Methoden:

Es sind mehrfache Untersuchungen der subjektiven Sicherheit und der Lebensqualität sowie anderer Aspekte der inneren Sicherheit auf der Grundlage repräsentativer Bevölkerungsbefragungen (schriftlichen Befragungen von 2000 Bürgern) in Hoyerswerda (1998 und 2002) und Görlitz (1999 und 2004) erfolgt. Im Berichtzeitraum 2004/2005 lagen die Schwerpunkte der Forschung bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wiederholungsuntersuchung in Görlitz.

Forschungsmethoden

schriftliche Befragungen von 2.000 Bürgern

Projektablauf

Laufzeit des Gesamtprojektes: seit 1.4.1998; Ende unbestimmt

Laufzeit des Teilprojektes: Nachfolgeuntersuchung Görlitz: 01.01.2004 - 31.12.2006

Forschungsergebnisse

In den Jahren 1999 - 2004 vorgelegte Ergebnisse aus diesem Gesamtprojekt sind den Angaben zu den Forschungsberichten 1999, 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 zu entnehmen; hier sind nur die Ergebnisse 1.10.2004 - 30.9.2005 erfasst.

Besonderheiten

Mitarbeiter/Kooperationspartner:

- Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (Gelsenkirchen)

- Stadtverwaltung und Präventionsrat der Stadt Görlitz

letzte Aktualisierung gem. Forschungsbericht 2005

Umsetzung

Vorträge/Publikationen/Berichte:

Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2004 im Vergleich - Vortrag im Rahmen des Präventionsrates der Stadt Görlitz, im Technischen Rathaus Görlitz - Görlitz, 20. Mai 2005.

Aspekte der Lebensqualität - Ergebnisse empirischer Untersuchungen in zwei Städten der Lausitz, in: Delitz, Jürgen/Gyldenfeldt, Heinrich von/Rimek, Jochen (Hrsg.): Institutionen und sozialer Wandel. Festschrift für Prof. Dr. Klaus Plake zum 60. Geburtstag, Krämer Verlag, Hamburg 2004 (S. 261-280)

„Modell Hoyerswerda“ - Teilergebnisse empirischer Untersuchungen im Rahmen kommunaler Präventionsforschung, in: Die Kriminalprävention. Europäische Beiträge zur Kriminalität und Prävention, 8. Jg., Steinfurt 2004 (zusammen mit Prof. Dr. Joachim Burgheim) (S. 93 - 99)

Subjective security and quality of life. Posterpräsentation am Internationalen Hochschulinstitut Zittau, November 2004, Rothenburg/OL 2004 (6 Seiten)

Kurzer Vorbericht zu den wichtigsten Ergebnissen einer Bevölkerungsbefragung in Görlitz im Jahre 2004, Görlitz 2005 (7 Seiten)

Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Tabellarischer Kurzbericht zur Bevölkerungsbefragung in Görlitz 2004, Görlitz 2005 (35 Seiten)

Sicherheit und Lebensqualität in Görlitz. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. Vorabdruck, Görlitz 2005 (zusammen mit Prof. Dr. Joachim Burgheim) (184 Seiten)

Kontakte

Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Fachbereich V: Gesellschaftswissenschaften, Friedensstraße 120, 02929 Rothenburg/OL

Sicherheit und Kriminalität im Kontext der EU-Ost-Erweiterung

Untersuchungsgegenstand

Seit dem 01.05.2004 ist die EU durch Aufnahme von insgesamt 10 neuen Mitgliedern auf nunmehr 25 Mitgliedsstaaten angewachsen. Schon jetzt ist absehbar, dass die Neumitglieder in den nächsten Jahren dem Schengenverbund beitreten werden, um künftig den freien Personenverkehr ohne Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums zu gewährleisten. Dies führt zu unterschiedlichen Einschätzungen in Bezug auf Sicherheit und Kriminalität. Allgemein wird zum einen angenommen, dass das Kriminalitätsaufkommen bei zunehmender Beteiligung von Bürgern aus den osteuropäischen Ländern ansteigt, zum anderen wird befürchtet, dass die Kriminalitätskontrolle durch Polizei, Zoll und Bundesgrenzschutz keine optimale Antwort auf die veränderte Sicherheitslage geben kann. Jüngere Untersuchungen belegen diese Einschätzungen in den Grenzregionen Deutschland/Dänemark, Deutschland/Polen und Deutschland/Tschechische Republik. Umfassende objektive Analysen dazu liegen jedoch bislang praktisch nicht vor.

In Zusammenarbeit der beteiligten Sicherheitsbehörden mit der Universität Greifswald sollen drei zentrale Analyserichtungen in diesem Projekt beschritten werden:

Kriminalitätslage: Wie verändert sich die Kriminalitätslage in den nördlichen Grenzregionen in objektiver und subjektiver Sicht? Wie gestaltet sich die Kooperationsbereitschaft verschiedener Polizeibehörden in Abhängigkeit von Kontakthäufigkeiten und sozialer Identität?

Beitrag der Ausgleichsmaßnahmen zur Kriminalitätskontrolle: Welche Rolle spielen die Ausgleichsmaßnahmen im einsatzstrategischen und -taktischen Konzept der grenznahen Behörden und welchen Beitrag leisten diese Maßnahmen zur Kriminalitätskontrolle?

Wie können die Ausgleichsmaßnahmen aufgrund von Selbst- und Fremderfahrungen auf beiden Seiten der Grenzen optimiert werden? Wie lassen sich die verschiedenen Informationssysteme aufeinander beziehen?

Forschungsmethoden

Die Instrumente dazu werden im Wesentlichen folgende sein: Analyse objektiver Daten (PKS), die seitens der Behörden zur Verfügung gestellt werden, Befragungen von Beamten und Bürgern im Grenzgebiet D/DK, D/PL und D/F, Experteninterviews, Workshops.

Projektablauf

Planungsphase:	Frühjahr 2005 - Herbst 2005
Erhebungsphase:	Herbst 2005 - laufend
Auswertungsphase:	Januar 2006 - laufend
Ergebnispräsentation:	Herbst 2006

Forschungsergebnisse

Das Forschungsergebnis wird nach Abschluss der Untersuchungen in Berichtsform und in Workshops präsentiert.

Besonderheiten

Weitere Kooperationspartner:

- Bundespolizeiamt Flensburg
- Hauptzollamt Kiel
- Polizeidirektion Husum
- Polizeidirektion Anklam
- Polizei und Wojewodschaftsamt Stettin (PL)
- Polizeikreise Gråsten, Tønder, Sønderborg, Haderslev (DK)
- Skattecenter Middelfart (DK)
- Gemeinsames Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl

Kosten/Finanzierung

Kofinanziertes Projekt, Universität Greifswald, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Schleswig-Holstein

Umsetzung

Es wird ein ausführlicher Ergebnisbericht angefertigt.

Kontakte

Landeskriminalamt Schleswig-Holstein, Dezernat 11,
Mühlenweg 166, 24116 Kiel
E-Mail: Kiel.LKA11@polizei.landsh.de

Polizeidirektion Flensburg, Norderhofenden 1, 24937 Flensburg
Internet: http://www.polizei-flensburg.de
E-Mail: flensburg.pd@polizei.landsh.de

Universität Greifswald, Institut für Psychologie,
Franz-Mehring-Straße 47, 17487 Greifswald

Trends der Kriminalität in NRW. Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen

Untersuchungsgegenstand

Die Fallzahlen und Tatverdächtigenzahlen der PKS (NRW) weisen für die letzten beiden Dekaden erhebliche Schwankungen auf, die zudem deliktspezifisch unterschiedlich ausgeprägt sind. Diese Entwicklungen werden beschrieben und anhand von Indikatoren des demographischen Wandels und der wirtschaftlichen Entwicklung analysiert. Ziel war es, die die Kriminalität in NRW beeinflussenden Faktoren auf der gegebenen Analyseebene zu bestimmen. Dazu wurden zunächst Zeitreihen von 1970 bis 2003 zusammengestellt. Die Entwicklung der registrierten Kriminalität wurde durch eine Darstellung von Befunden aus Dunkelfelduntersuchungen zur Frage der Entwicklung der Kriminalität ergänzt.

Forschungsmethoden

statistische Analysen von Zeitreihendaten zur Kriminalität, zur demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung

Projektablauf

Beginn: März 2004
Ende: Januar 2006 (Sachstand: beendet)

Forschungsergebnisse

Während im Hellfeld insbesondere Körperverletzungen in dem betrachteten Zeitraum massiv angestiegen sind, liefern Dunkelfeldbefragungen keine Hinweise auf eine vergleichbare Entwicklung. Diese Unterschiede können vermutlich auf eine stärkere Sensibilität gegenüber Gewalt und eine größere Anzeigebereitschaft zurückgeführt werden.

Die Entwicklung der registrierten Kriminalität - insbesondere der Eigentumskriminalität - kann in teilweise erstaunlicher Weise durch das Wachstum des Anteils junger Männer an der Bevölkerung, durch das Wachstum der Arbeitslosenquote sowie durch das Wachstum der privaten Konsumausgaben erklärt werden. Dennoch sind die Möglichkeiten zu Aussagen über die weitere Kriminalitätsentwicklung auf der Basis von Zeitreihenanalysen sehr eingeschränkt.

Umsetzung

Forschungsbericht:

Landeskriminalamt NRW (2006): Trends der Kriminalität in NRW. Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen. Forschungsberichte der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle Nr. 3. Düsseldorf.

Internet: http://www1.polizei-nrw.de/lka/stepone/data/downloads/20/00/00/Trends der Kriminalität in NRW.pdf

Extrapol: http://www.extrapol.de/etc/nw/lka/kkf/trends.pdf

Kontakte

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Abteilung 3 / Sachgebiet 32.1, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle, Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf

E-Mail: kkf@lka.polizei.nrw.de

Evaluation der "Jungtatverdächtigendatei" als Arbeitsgrundlage für die polizeiliche Jugendsachbearbeitung bei Intensivtätern in Sachsen-Anhalt

Untersuchungsgegenstand

Mit der personenbezogenen Jungtatverdächtigendatei (JTVD) wurde eine neue Arbeitsgrundlage für die polizeiliche Jugendsachbearbeitung in Sachsen-Anhalt erstellt. Mit ihrer Hilfe soll die Polizei mögliche kriminelle Karrieren schneller erkennen und unterbinden. Bislang war das in Sachsen-Anhalt auf Grund der lediglich deliktbezogenen Recherchemöglichkeiten nicht oder nur sehr schwer möglich, einen angefallenen Jung-TV als notorischen Straftäter frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Obwohl der unmittelbare Nutzen einer erstmals personenorientierten Erfassungsdatei für die polizeiliche Jugendsachbearbeitung nahe liegend ist, ist keineswegs klar, ob die JTVD alle in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und ob tatsächlich im Sinne dieser Erwartungen mit ihr gearbeitet wird. Um gesicherte Antworten auf diese Fragen zu finden, wird eine formative Evaluationsstudie zur JTVD durchgeführt. Dabei soll ausschließlich die Zielgruppe der jungen Intensivtäter in den Blick genommen werden.

Ergebnisse werden insbesondere in Bezug auf die Erfüllung der folgenden Programmziele erwartet, welche mit Hilfe der JTVD erreicht werden sollen:

- frühzeitiges Erkennen krimineller Karrieren,
- Unterstützung der polizeiliche Ermittlungsarbeit,
- Ermöglichung von Lagebilderstellungen über besondere Merkmale und Entwicklungstendenzen der Jugendkriminalität,
- Informationsgrundlage für personenbezogene Maßnahmevorschläge (z. B. Einzelfallgespräche) und damit
- Förderung einer frühzeitigen überbehördlichen Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe,
- Unterstützung der vorrangigen Bearbeitung von Fällen mit Mehrfach- und Intensivtätern im Sinne einer Verfahrensbeschleunigung.

Evaluation

Ein nachgeordneter Zweck der Evaluation ist, Anzeichen für eventuelle Nebeneffekte bzw. nicht programmzielgerechte Auswirkungen der Arbeit mit der JTVD zu identifizieren.

Forschungsmethoden

Experteninterviews, schriftliche Befragungen, Dokumentenanalyse, statistische Analysen, statistische Prüfverfahren

Projektablauf

Die formative Evaluation der Jungtatverdächtigendatei als Arbeitsgrundlage für die polizeiliche Jugendsachbearbeitung soll im September 2006 begonnen und innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Gegebenenfalls wird das Forschungsprojekt mit einer summativen Evaluation fortgesetzt.

Forschungsergebnisse

siehe Ziele und Projektablauf

Kosten/Finanzierung

Kosten für eine studentische Hilfskraft zur Dokumentenanalyse

Umsetzung

Forschungsbericht, Internet, Lehre

Kontakte

Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt, Fachgruppe IV,
Schmidtmannstraße 86, 06449 Aschersleben
Internet: http://www.fhs.pol.lsa-net.de
E-Mail: poststelle@fhs.pol.lsa-net.de

Evaluation des Präventionskonzepts "Good Practice - Gegen Gewalt, Rassismus und Diskriminierung an Schulen im Bereich der Polizeidirektion Dessau"

Untersuchungsgegenstand

Prüfung der bestehenden Projektkonzeption „Good Practice“ und gegebenenfalls Korrektur oder Anpassung an besondere Bedingungen (formative Evaluation)

Überprüfung, ob durch die durchgeführten Maßnahmen (Programmteile des Projektes) die anvisierten Zielgruppen (Schüler) tatsächlich angesprochen und erreicht werden (Prozessevaluation)

Beurteilung, ob die Projektmaßnahmen ihre vorgesehenen Ziele in Bezug auf die Prävention von Gewalt erreicht haben und ob festzustellende Veränderungen tatsächlich auf die durchgeführten Programme zurückzuführen sind (Wirkungsevaluation)

Eventuell Untersuchung der Nachhaltigkeit von Projektauswirkungen

Forschungsmethoden

Gruppendiskussionen, Experteninterviews, schriftliche Befragungen, Verhaltensbeobachtung, Problemzentrierte Leitfadeninterviews, Tests, Elternbefragung, statistische Analysen

Projektablauf

Es handelt sich dabei um ein mehrstufiges Untersuchungsverfahren über die Gesamtlaufzeit des Projektes von ca. fünf Jahren.

- In der ersten, gegenwärtigen, Phase vom Oktober 2005 bis April 2006 erfolgt die formative Evaluation.
- In der zweiten Phase von Mai bis September 2006 erfolgt die Prozessevaluation.

Evaluation

- Von Oktober 2006 bis März 2007 wird eine Wirkungsevaluation durchgeführt.
- Danach ist eventuell eine erweiterte Wirkungsevaluation zur Nachhaltigkeit von Präventionszielen vorgesehen.

Forschungsergebnisse

siehe Ziele

Kosten/Finanzierung

voraussichtlich keine Zusatzkosten

Umsetzung

Forschungsbericht, Internet, Lehre

Kontakte

Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt, Fachgruppe IV,
Schmidtmannstraße 86, 06449 Aschersleben
Internet: http://www.fhs.pol.lsa-net.de
E-Mail: poststelle@fhs.pol.lsa-net.de

Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen - eine kommentierte Rückfallstatistik

Untersuchungsgegenstand

Strafe hat nicht die Aufgabe, Schuldausgleich um ihrer selbst willen zu üben, Strafe ist vielmehr nur dann gerechtfertigt, „wenn sie sich zugleich als notwendiges Mittel zur Erfüllung der präventiven Schutzaufgabe des Strafrechts erweist“ (BGHSt 24, 40, 42). Ob und in welchem Maße das mit einer Bestrafung erstrebte Ziel der Rückfallverhinderung oder -minderung erreicht worden ist, kann anhand der verfügbaren Daten der amtlichen Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken nicht geklärt werden. Obwohl seit mehr als hundert Jahren gefordert, gab es bislang noch keine Rückfallstatistik, welche die hierfür notwendigen Daten umfassend aufbereitet hätte.

Das Bundesministerium der Justiz hat deshalb das Statistische Bundesamt beauftragt, eine Sonderauswertung von Bundeszentralregisterdaten durchzuführen mit dem Ziel, eine Rückfallstatistik zu erstellen und zu prüfen, ob das Konzept für eine künftig periodisch zu erstellende Rückfallstatistik geeignet sei. Mit der Durchführung dieses Auftrags wurde eine Forschungsgruppe beauftragt, die aus Prof. Dr. Jörg-Martin Jehle und seinen Mitarbeitern, Universität Göttingen, und der Arbeitsgruppe "Strafrechtliche Rechtstatsachenforschung und empirische Kriminologie" an der Universität Konstanz (Prof. Dr. W. Heinz u. Mitarbeiter) besteht.

Durch Auswertung der im Bundeszentralregister gespeicherten Daten über die weitere Legalbiographie aller im Basisjahr 1994 strafrechtlich Sanktionierten oder aus der Haft Entlassenen (Eintragungen zu insgesamt 947.090 Personen) über einen vierjährigen Risikozeitraum konnten erstmals für alle Sanktionierten statistische Daten über die Rückfallraten nach Sanktionsart und -höhe, Alter, Geschlecht und strafrechtlicher Vorbelastung gewonnen werden. Die Rückfallstatistik umfasst das gesamte formelle justizielle Sanktionsspektrum, also sowohl die (ambulanten und stationären) Strafen als auch die Maßregeln der Besserung und Sicherung, die Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel des Jugendstrafrechts, sowie die Einstellungen des Jugendstrafverfahrens gem. §§ 45, 47 JGG.

Forschungsmethoden

Statistische Aufbereitung und Analyse der im Bundeszentralregister gespeicherten, anonymisiert übermittelten Daten über die weitere Legalbiographie aller im Basisjahr 1994 strafrechtlich Sanktionierten oder aus der Haft Entlassenen über einen vierjährigen Rückfallzeitraum

Projektablauf

- Bezugsjahr: 1994
- Absammlung Daten durch das BZR: 1999
- Abschlussbericht: 2003
- Weitere Auswertungen: fortlaufend

Forschungsergebnisse

In der Rückfallstatistik wird, ausgehend von Eintragungen im Bundeszentralregister (BZR), nachgewiesen, ob (und gegebenenfalls wegen welcher Delikte) diejenigen Personen, die im Bezugsjahr 1994 entweder ambulant sanktioniert oder aus der Haft entlassen wurden, während des anschließenden Beobachtungszeitraums von vier Jahren erneut strafrechtlich sanktioniert wurden. Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Entgegen Alltagsvorstellungen – einmal kriminell, immer kriminell – ist Rückfälligkeit die Ausnahme, nicht die Regel. Nur ein Drittel der Sanktionierten wurde innerhalb von vier Jahren erneut verurteilt; zu einer Verurteilung zu unbedingter Freiheitsstrafe kam es bei nicht mehr als 5 %, zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 2 Jahren in nur 1,2 %.
- Die Rückfallraten sind – ebenso wie die Kriminalitätsbelastung – alters- und geschlechtsabhängig unterschiedlich hoch. Junge Menschen weisen eine höhere Kriminalitätsbelastung und eine höhere Rückfallrate auf als Erwachsene. Dementsprechend sind auch die Rückfallraten nach jugendstrafrechtlichen Sanktionen deutlich höher als nach Strafen des allgemeinen Strafrechts. Die Rückfallraten sind ferner geschlechtsabhängig, d. h. Frauen weisen eine deutlich geringere Rückfallrate auf als Männer.
- Die Rückfallraten nehmen zwar mit der Zahl der Voreintragungen zu. Die Zahl der Voreintragungen ist aber kein zwingender Hinweis auf erneute Straffälligkeit, denn einem beachtlichen Teil der mehrfach Vorbestraften gelingt der gänzliche Ausstieg aus registrierter Kriminalität.

- Die Rückfallraten nehmen in der Tendenz mit der Schwere der Sanktion zu: Je härter die verhängte Sanktion, desto höher sind die Rückfallraten; am höchsten sind sie nach bedingter und unbedingter Jugendstrafe, vollstreckter Freiheitsstrafe sowie nach Jugendarrest. Jugendarrest weist – nach der vollstreckten Jugendstrafe – die höchsten Rückfallraten auf.
- Kommt es zu einer Wiederverurteilung, dann ist eine freiheitsentziehende Folgesanktion die Ausnahme. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Rückfalltat derart schwer geahndet wird, ist nach Entlassung aus vollstreckter Freiheits- oder Jugendstrafe am höchsten.

Die nach Delikt, Alter, Geschlecht, Art der Bezugs- und der Folgeentscheidung differenzierten Ergebnisse der Rückfallstatistik besagen etwas über die Rückfallraten nach der jeweiligen Sanktion und bei der Zielgruppe, auf die diese Sanktion jeweils tatsächlich angewendet wird; sie erlauben keine kausale Interpretation. Sie ermöglichen es indessen, Erwartungen hinsichtlich der spezialpräventiven Wirkung von Sanktionen bei den tatsächlichen Zielgruppen daraufhin zu überprüfen, ob sie durch die Empirie gestützt werden. Sie geben deshalb wichtige Anhaltspunkte für eine Bewertung von Änderungen der Sanktionspraxis innerhalb gleicher Zielgruppen.

Umsetzung

- Heinz, Wolfgang: Die neue Rückfallstatistik, Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 2004, 35 - 48.
- Jehle, Jörg-Martin; Heinz, Wolfgang; Sutterer, Peter (unter Mitarbeit von Sabine Hohmann, Martin Kirchner und Gerhard Spiess): Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen - Eine kommentierte Rückfallstatistik, Mönchengladbach 2003 <http://www.bmj.de/media/archive/443.pdf>.
- Jehle, Jörg-Martin; Hohmann-Fricke, Sabine: Rückfälligkeit exhibitionistischer Straftäter, in: Jutta Elz; Jehle, Jörg-Martin; Hans-Ludwig Kröber (Hrsg.): Exhibitionisten – Täter, Taten, Rückfall, Wiesbaden, 2004, 133-166.
- Jehle, Jörg-Martin; Weigelt, Enrico: Rückfall nach Bewährungsstrafen. Daten aus der neuen Rückfallstatistik, Bewährungshilfe 2004, 149 - 166.

Kontakte

Universität Konstanz, Fachbereich Rechtswissenschaft, Fach D 119,
78457 Konstanz
Internet: http://www.uni-konstanz.de/rtf/heinz
E-Mail: wolfgang.heinz@uni-konstanz.de

Universität Göttingen, Abteilung Kriminologie,
Platz der Göttinger Sieben 6, 37073 Göttingen
Internet: http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/jmjehle
E-Mail: abtkrim@uni-goettingen.de

Analyse von Tat- und Tätermerkmalen bei Tötungs- und sexuellen Gewaltdelikten in Thüringen

Untersuchungsgegenstand

- retrograde Analyse von geklärten Fällen sexueller Gewalt- und Tötungsdelinquenz
- verhaltensorientierte Aufarbeitung der Phänomenologie der Deliktsfelder

Forschungsmethoden

- Aktenanalyse
- qualitative und quantitative Auswertung in verschiedenen Auswertephasen

Projektablauf

Es handelt sich um ein mehrjähriges Forschungsprojekt, das sich in 4 Auswertephasen gliedert:

11/2003: Projektbeginn/Projektplanung

11/2003 - 02/2004: Prüfung unterschiedlicher Datenquellen auf Eignung für das Projekt

aktuell (Juli 2006): umfassende Datensammlung; Ableitung adäquater Erhebungsinstrumente auf der Basis des Datenmaterials

2006/2007: Dokumentation Auswertephase 1

Forschungsergebnisse

Forschungsergebnisse liegen noch nicht vor.

Umsetzung

Geplant

- Publizierung
- Ableitung von kriminologischen/kriminalpsychologisch gestützten Beurteilungstools

- Ableitung für Kriminalprävention
- Aus- und Fortbildung

Kontakte

Landeskriminalamt Thüringen, PPA/Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle, Am Schwemmbach 69, 99099 Erfurt
Internet: http://www.polizei.thueringen.de/lka
E-Mail: poststelle.lka@polizei.thueringen.de

Feldstudie zur Häuslichen Gewalt im Rahmen der Agenda 21 des Rems-Murr-Kreises

Untersuchungsgegenstand

Die Forschungsstudie hatte den Auftrag, Aussagen über die Umsetzung des Platzverweisverfahrens im Kreis und hier insbesondere über die Situation der Opfer zu treffen. Welche und welcher Umfang an professioneller Hilfe/Unterstützung wurde den Opfern angeboten. Außerdem wurden Lösungswege für die Umsetzung eines Beratungsangebotes, das auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmt ist, erarbeitet. Die Studie steht in enger Kooperation mit der landesweiten Forschungsstudie "Platzverweis - Beratung und Hilfen", die vom Sozialministerium BW in Auftrag gegeben wurde und vom Sozialwissenschaftlichen ForschungsInstitut Freiburg sowie der Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung der Ev. Fachhochschule in Freiburg durchgeführt wird.

Forschungsmethoden

- Statistische Analysen
- Befragungen:
  schriftliche Befragungen der Kommunen, schriftliche Befragungen sowie qualitative Interviews der Frauen, zu deren Gunsten ein Platzverweis ausgesprochen wurde, schriftliche sowie persönliche Befragung bei den Beratungsstellen

Forschungsergebnisse

Es ist nicht gewährleistet, dass jedem Opfer, zu dessen Gunsten ein Platzverweis ausgesprochen wurde, auch ein Beratungsangebot unterbreitet wird. Ein einheitliches Konzept über Umfang und Form der Beratung wurde nie erstellt. Einige wenige Kommunen haben sich auf eine bestimmte Form der Intervention in der Opferberatung geeinigt. Die Ausgabe des Faltblattes "Häusliche Gewalt" erfolgt ebenfalls nicht immer, so dass viele Betroffene über allgemeine Beratungsangebote im Kreis nicht informiert werden. Die in der Studie befragten Frauen wünschten sich jedoch eine schnelle professionelle Unterstützung, die pro aktiv auf die Frauen zugeht. Viele fühlten sich in der für sie extrem belastenden Situation nicht in der Lage, einen Beratungskontakt selbst herzustellen.

Kosten/Finanzierung

17.000 Euro; Finanzierung erfolgt über Agenda 21 des Rems-Murr-Kreises

Umsetzung

Publikation wurde erstellt. Ergebnispräsentation vor allen Beteiligten. Ergebnisse der Studie führten zur Konzeption "Opferberatung im Platzverweisverfahren für den Rems-Murr-Kreis" die im Rahmen eines Modellprojektes bis Ende 2005 erprobt wurde. Die Erfahrungen zeigten, dass durch den pro-aktiven Ansatz etwa 90% der durch die Polizeireviere gemeldeten 84 Opfer von häuslicher Gewalt (darunter vier männliche Opfer) durch die Beratungsstellen erreicht werden konnten. Das Beratungsangebot wurde von 69 betroffenen Frauen angenommen.

Die Fortführung der Opferberatung in der/dem durch das Modellprojekt erprobten Struktur und Umfang ist für weitere drei Jahre gesichert.

Kontakte

Polizeidirektion Waiblingen, Kriminalprävention,
Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen
Internet: http://praevis.de
E-Mail: praevention@pdwn.bwl.de

Landratsamt Rems-Murr-Kreis, Projektleitung Agenda 21, Agendabüro, Bahnhofstraße 19, 71332 Waiblingen
Internet: http://www.rems-murr-kreis.de
E-Mail: Agenda@rems-murr-kreis.de

Gewalt an Schulen

Untersuchungsgegenstand

Teilprojekt: Görlitzer Lehrerbefragung zu Gewalt an Schulen

Projektgegenstand/Methoden:

Schriftliche Lehrerbefragung zur Gewaltproblematik an Schulen. Es wurden wesentliche Beiträge zur Entwicklung der Befragungsinstrumente und zur Durchführung der Untersuchung, bei der sämtliche Lehrer an Görlitzer Schulen (ca. 700) befragt wurden, geleistet und eine umfassende Datenauswertung vorgenommen. In der Zeit nach Abschluss des Projektes (nachgelagerte Projektarbeit) wurden weitere ausgewählte Einzelanalysen durchgeführt, aktuelle Forschungsergebnisse eingearbeitet und Teilergebnisse öffentlich vorgestellt.

Forschungsmethoden

- Schriftliche Lehrerbefragung (ca. 700) an Görlitzer Schulen
- Datenerfassung, Datenaufbereitung, Datenanalyse

Projektablauf

Laufzeit des Projektes: 01.03.2000 - 30.09.2003
nachgelagerte Projektarbeit: 01.01.2004 - 31.12.2005

Forschungsergebnisse

In den vorausgegangenen Berichtszeiträumen vorgelegte Ergebnisse aus diesem Projekt sind den Angaben zum Forschungsbericht 2002, 2003 und 2004 zu entnehmen. Hier sind nur die Ergebnisse 1.10. 2004 - 30.9.2005 erfasst.

Besonderheiten

Mitarbeiter/Kooperationspartner:
Präventionsrat der Stadt Görlitz, Gymnasien und Schulen in Görlitz; Landeszentrale für politische Bildung und Staatsministerium der Justiz, Dipl.-Soz. Marianne Sterbling

letzte Aktualisierung gem. Forschungsbericht 2005

Umsetzung

Alltägliche Gewalt an Schulen. Erscheinungsformen, Ursachen, Prävention - Eröffnungsvortrag im Rahmen der Fachtagung „Kriminalität in der Schule. Ursachen und Lösungswege“, der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, im St.-Wenzeslaus-Stift, Jauernick-Buschbach, 22. November 2004.

Gewalt an Schulen. Empirische Ergebnisse einer Lehrerbefragung - Vortrag im Rahmen des Fortbildungsseminars „Jugendkriminalität“ an der Polizei-Führungsakademie in Münster-Hiltrup, 23. - 25. Februar 2005.

Kontakte

Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Fachbereich V:
Gesellschaftswissenschaften, Friedensstraße 120, 02929 Rothenburg/OL

Polizeidirektion Oberlausitz-Niederschlesien,
James-von-Moltke-Straße 7, 02826 Görlitz
E-Mail: poststelle.pd-ol-nsl@polizei.sachsen.de

Präventionsrat der Stadt Görlitz, Rathaus, 02826 Görlitz

Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland

Untersuchungsgegenstand

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat eine repräsentative Untersuchung zur Thematik Gewalt gegen Frauen (Titel „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“) an das Interdisziplinäre Frauenforschungszentrum (IFF) der Universität Bielefeld vergeben. Die Untersuchung greift das Problem auf, dass in Deutschland keine repräsentativen Daten vorhanden waren, die das gesamte Ausmaß der Gewalt gegen Frauen aufzeigten.

Forschungsmethoden

Befragt wurden 10.000 Frauen zuzüglich 500 Frauen türkischer und osteuropäischer Herkunft in einer Face-to-face-Befragung mit schriftlichen drop-off-Fragebogen (Hauptuntersuchung) sowie in einer Zusatzbefragung die Gruppen „Frauen in Asylbewerberheimen“, „Prostituierte“ und „Frauen in Gefängnissen“.

Zur Vorbereitung und Begleitung der repräsentativen Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen wurde ein internationaler Beirat eingerichtet.

Dieser half dabei, Erfahrungen aus anderen EU-Ländern mit entsprechenden Erhebungen nutzen zu können und auch eine Vergleichbarkeit mit ausländischen Studien zu ermöglichen.

Forschungsergebnisse

Die Zahlen der repräsentativen Studie weisen im internationalen Vergleich eine mittlere bis hohe Gewaltbetroffenheit von Frauen auf:

- 37 Prozent aller befragten Frauen haben mindestens einmal körperliche Gewalt und Übergriffe ab ihrem 16. Lebensjahr erlebt. Es handelt sich um ein breites Spektrum von körperlichen Übergriffen in unterschiedlichen Lebenskontexten. Die Übergriffe reichen von leichten Ohrfeigen und wütendem Wegschubsen bis hin zum Schlagen mit Gegenständen, Verprügeln und Gewaltanwendungen mit Waffen.
- 13 Prozent der befragten Frauen haben seit dem 16. Lebensjahr Formen von sexueller Gewalt erlebt. Hierbei beziehen sich die Angaben auf eine

enge Definition (strafrechtlich relevanter Formen) erzwungener sexueller Handlungen.

- 40 Prozent der befragten Frauen haben körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit dem 16. Lebensjahr erlebt.
- 42 Prozent aller befragten Frauen haben Formen von psychischer Gewalt wie systematische Abwertung, Demütigung, Ausgrenzung, Verleumdung, schwere Beleidigung, Drohung bis hin zu Psychoterror erlebt.
- 58 Prozent der Befragten haben unterschiedliche Formen von sexueller Belästigung mindestens einmal in ihrem Leben erfahren. Von diesen Frauen wurden 86 % durch nicht oder kaum bekannte Personen an öffentlichen Orten belästigt. 42 % der Befragten, die sexuelle Belästigung erlebt haben, gaben an, sie seien durch Personen aus Arbeit, Ausbildung oder Schule belästigt worden. Sexuelle Belästigung im Kontext von Arbeit und Ausbildung ist damit neben der Belästigung in der Öffentlichkeit eine besonders verbreitete Form von Gewalt gegen Frauen.
- Rund 25 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen haben Formen körperlicher oder sexueller Gewalt oder beides durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt.

Gewalt gegen Frauen wird überwiegend durch Männer und dabei überwiegend durch den Partner und im häuslichen Bereich verübt. Zu den Risikofaktoren gehören neben der Trennung oder Trennungsabsicht auch Gewalterfahrungen in der Kindheit und Jugend. Bildung, Einkommen oder Schichtzugehörigkeit hatten demgegenüber keinen Einfluss auf Gewaltausübung.

Eine besondere Situation liegt vor bei ausländischen und älteren Frauen sowie bei Frauen mit Behinderungen. Sie erleben Gewalt in sehr spezifischer Weise, was bisher kaum in den Blick geraten ist.

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass der Anteil von Gewalterfahrungen mit zunehmendem Alter steigt. Die häufigsten Erscheinungsformen sind dabei neben der körperlichen und seelischen Misshandlung die finanzielle Ausnutzung, die Vernachlässigung sowie Einschränkungen der Bewegungs- und persönlichen Freiheit.

Frauen mit Behinderungen tragen ein besonderes Risiko, Opfer von Gewalt zu werden: Oft macht es ihnen die Behinderung schwer, eigene Bedürfnisse und Interessen wahrzunehmen, zu formulieren und durchzusetzen.

Gewalt bleibt nie ohne Folgen; dies bestätigt die Studie "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland", indem sie aufzeigt, dass alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu erheblichen psychischen, psychosozialen und gesundheitlichen Folgen für Betroffene führen können.

Die Studie schließt bestehende Wissenslücken über das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen in nahezu der gesamten Bevölkerung. Sie hat die Grundlage geschaffen, um gezielte Maßnahmen und Strategien zum Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis und zur Verbesserung der Hilfe- und Unterstützungssituation für gewaltbetroffene Frauen zu entwickeln.

Kosten/Finanzierung

Die Finanzierung erfolgte durch das BMFSFJ.

Umsetzung

Der vollständige Forschungsbericht sowie eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie sind unter
www.bmfsfj.de/forschungsnetz/forschungsberichte
herunterzuladen.

Kontakte

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat 403, 53107 Bonn
Internet: http://www.bmfsfj.de
E-Mail: info@bmfsfj.bund.de

Suizide und suizidrelevante Einsätze im Polizeidirektionsbereich Erfurt 1999 - 2003

Untersuchungsgegenstand

- retrograde Analyse von Suiziden im Direktionsbereich Erfurt im Zeitraum 1999 - 2003
- Ziel: phänomenbeschreibende Aufarbeitung von Suiziden auf der Basis der in der Polizei verfügbaren Daten im Rahmen der Unterstützung des Suizidpräventionsprojektes des "Nationalen Suizidpräventionsprogramms für Deutschland (NaSPro)"

Forschungsmethoden

- Aktenanalyse
- deskriptionsstatistische Auswertung
- geographische Auswertung

Projektablauf

09/2003:
Einbindung der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKFoSt) des Thüringer Landeskriminalamtes in die AG Primärprävention des "Nationalen Suizidpräventionsprogramms für Deutschland (NaSPro)"

03/2004:
Initiierung eines eigenständigen Auswerteprojektes im Rahmen der AG Erstellung einer adäquaten Erhebungsmaske

04/2004:	Datensammlung und -eingabe
aktuell (Juli 2006):	Datenauswertung
Ende 2006:	Dokumentation
10/2005:	Datenauswertung
Ende 2005:	Dokumentation

Forschungsergebnisse

Forschungsergebnisse liegen noch nicht vor.

Umsetzung

Geplant:

- Publizierung
- Bereitstellung der Erkenntnisse für die NaSPro
- Ableitung von Maßnahmen
- Aus- und Fortbildung

Kontakte

Landeskriminalamt Thüringen, PPA/Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle, Am Schwemmbach 69, 99099 Erfurt
Internet: http://www.polizei.thueringen.de/lka
E-Mail: poststelle.lka@polizei.thueringen.de

Tötungsdelikte mit sexueller Komponente in Bayern 1980 bis 2005

Untersuchungsgegenstand

Vollerhebung der in Bayern im Zeitraum zwischen 1980 und 2005 wegen Tötungsdelikten mit sexueller Komponente rechtskräftig verurteilten Personen.

Forschungsmethoden

In der ersten Projektphase:
Aktenanalyse/Aktenauswertung: Polizeiliche Akten, Gerichtsakten, Gutachten

In der zweiten Projektphase: Interviews

Projektablauf

- Beginn im Jahr 2004, voraussichtliches Ende der ersten Projektphase 2007.
- Folgeprojekt ist geplant.
- Stand März 2006: 90 Prozent der Akten sind analysiert und codiert.

Forschungsergebnisse

Keine Bekanntgabe von Zwischen- und Teilergebnissen

Besonderheiten

Kooperationsprojekt der OFA Bayern mit FHVR Niedersachsen - Hochschule für den öffentlichen Dienst

Kosten/Finanzierung

- Recherchen nach Fällen und Aktensammlung wird von Mitarbeitern der OFA Bayern mit Eigenmitteln durchgeführt.
- Forschungsmittel der FHVR Niedersachsen

Umsetzung

Publikationen, Weiterbildungsveranstaltungen

Kontakte

Kriminalpolizeiinspektion München 1, K 115 - OFA Bayern,
Tegernseer Landstraße 220, 81549 München

Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Niedersachsen, Hochschule für den öffentlichen Dienst, Sozialwissenschaften,
Lübecker Staße 3, 31141 Hildesheim
Internet: http://www.fhvr.niedersachsen.de

Untersuchung zur Veränderung der Anteile versuchter und vollendeter Vergewaltigungen im Hellfeld

Untersuchungsgegenstand

Ziel des Projektes ist es, die Ursachen für den Rückgang des Versuchsanteils bei Vergewaltigungen zu ermitteln. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund:

- Findet die Entwicklung im Hellfeld ihre Entsprechung im Dunkelfeld?
- Hat sich die Anzeigebereitschaft der Opfer verändert und falls ja, inwiefern?
- Hat sich die Strafrechtsreform ausgewirkt und falls ja, inwiefern?

Forschungsmethoden

- PKS-Sonderauswertung (Analyse der Hellfelddaten)
- Expertenbefragung

Projektablauf

Beginn: Januar 2004
Ende: November 2005

Forschungsergebnisse

Der Forschungsbericht mit dem Titel *„Sexuelle Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen. Zur Entwicklung der Anteile versuchter und vollendeter Vergewaltigung und besonders schwerer Fälle sexueller Nötigung“* ist auf den Seiten der KKF im Internet:
http://www1.polizei-nrw.de/lka/Forschung/Projekte/
und in Extrapol:
http://www.extrapol.de/etc/nw/lka/kkf/Forschungsberichte.htm
abrufbar.

Kontakte

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Abteilung 3 / Sachgebiet 32.1, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle, Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf
E-Mail: kkf@lka.polizei.nrw.de

Forschungsstudie zu Einflussfaktoren auf die Entwicklung von Einsichtsbereitschaft in ein Fehlverhalten bei delinquenten Jugendlichen - Sekundäranalyse von Jahresstatistiken der Jugendberatungsstellen bei der Polizei (JUBP) in Sachsen-Anhalt

Untersuchungsgegenstand

Die Jugendberatungsstellen bei der Polizei in Sachsen-Anhalt, insbesondere in Halle und Magdeburg, verfügen über einen Fundus an Hintergrundinformationen über die Kinder- und Jugenddelinquenz. Mit Hilfe einer Sekundäranalyse sollen eventuelle Zusammenhänge zwischen der Einsichtsbereitschaft in ein Fehlverhalten (respektive Uneinsichtigkeit) auf der einen Seite und Art und Umfang von Bewältigungsproblemen, polizeilichen Repressionsmaßnahmen und weiteren möglichen Einflussfaktoren auf der anderen Seite erforscht werden. Es wird davon ausgegangen, dass Delinquenz grundsätzlich Bewältigungsverhalten ist. Zeitlich betrachtet, führt dieses Bewältigungsverhalten in der Regel aber nicht zur dauerhaften Lösung von Problemen. Erste Untersuchungen haben Hinweise erbracht, dass bei delinquenten Jugendlichen (Mehrfach- und Intensivtäter) mit der Zunahme von Bewältigungsproblemen die Einsichtsbereitschaft in ein Fehlverhalten wächst und damit verbunden, die Bereitschaft Hilfe anzunehmen. Gleichwohl scheint die Gefahr von so genannten kriminellen Karrieren gegeben, wenn in solchen Phasen keine solchen Situationen angemessenen Interventionen erfolgen.

Forschungsmethoden

Sekundäranalyse, statistische Verfahren, Theoriebildung

Projektablauf

Beginn März 2006, Laufzeit ein Jahr

Forschungsergebnisse

siehe Ziel

Kosten/Finanzierung

voraussichtlich keine Kosten

Umsetzung

Forschungsbericht, Lehre

Kontakte

Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt, Fachgruppe IV,
Schmidtmannstraße 86, 06449 Aschersleben
Internet: http://www.fhs.pol.lsa-net.de
E-Mail: poststelle@fhs.pol.lsa-net.de

Jugendkriminalität in der modernen Stadt. Jugenddelinquenz und -devianz im Wandel von urbanen Sozialmilieus, Lebens-, Freizeit- und Konsumstilen, ethnisch-kulturellen Orientierungen und sozialer Kontrolle

Untersuchungsgegenstand

In den letzten Jahren hat sich aufgrund von Daten der polizeilichen Kriminalstatistik in der massenmedialen und politischen Öffentlichkeit die Auffassung durchgesetzt, dass die Kinder- und Jugendkriminalität in bedrohlicher Weise zugenommen habe. Möglicherweise ist aber auch die Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung infolge einer erhöhten Kriminalitätsfurcht, der Zunahme interethnischer Konflikte oder einer verstärkten öffentlichen Thematisierung der Gewalt unter Jugendlichen gestiegen. Dunkelfeldbefragungen unter Schülern legen indessen nahe, dass die Jugendkriminalität weit weniger zugenommen hat, als es die Polizeistatistik vermuten lässt. Gleichwohl enthalten diese Studien deutliche Hinweise auf neuere, eher qualitative Phänomene einer gewaltsamen Intensivierung sowie Konflikt- und Verständigungsunfähigkeit. Es wird vermutet, dass diese mit der Herausbildung neuer Konsum- und Freizeitstile, Wert- und Leistungsorientierungen sowie auch mit der Veränderung familiärer Kontrollstrukturen korrespondieren.

Ziel des Forschungsprojektes ist es, Formen sozialer Abweichung und Delinquenz als Teil eines sozialen Kontextes zu untersuchen, der insbesondere die in der Jugendphase schnell veränderliche Lebens-, Freizeit- und Konsumstile sowie kulturelle und normative Orientierungen berücksichtigt. Damit können die strukturellen Bedingungen devianter wie konformer Verhaltensweisen erheblich differenzierter als bisher mit den aktuellen Entwicklungen in bestimmten Jugendmilieus in Verbindung gebracht werden. Diese Prozesse sollen mit vier bzw. sechs jährlich wiederholten Befragungen (Panel) von Schülerinnen und Schülern aller Schularten ab der 7. Klasse in Münster und Duisburg untersucht werden.

Forschungsmethoden

Die Analyse von Kontinuität und Wandel, Stabilität und Veränderung des abweichenden Verhaltens Jugendlicher auf der Individualebene und deren Kriminalitätsrate auf der Systemebene erfordern ein kohortenspezifisches

Längsschnittdesign mit der wiederholten Erhebung von Befragungsdaten (Paneldaten). Die Schülerbefragung wird als repräsentative Studie mit einem standardisierten, schriftlichen Fragebogen durchgeführt. Als Befragungsorte wurden die Städte Münster und Duisburg ausgewählt, um stärker integrierte und partiell desintegrative urbane Räume miteinander vergleichen zu können. Das Erhebungsinstrument umfasst u. a. Fragen zur Opferwerdung, selbstberichteten Delinquenz, Erziehungsfragen, Konfliktverhalten, Kriminalitätseinstellungen sowie zu kulturellen und normativen Orientierungen und Lebens-, Freizeit- und Konsumstilen und wurde für eine schriftliche anonyme Befragung konzipiert. So weit wie möglich wurden Fragen verwendet, die bereits in anderen Jugendstudien eingesetzt wurden.

Geplant ist zudem ein Vergleich der Ergebnisse dieser Dunkelfelderhebung mit Erkenntnissen aus dem Hellfeld (Bundeszentralregister, Erziehungsregister / Kriminalpolizeiliche Sammlung).

Projektablauf

Münster:

2000: Vollerhebung der 7. Klassen und je eine Stichprobe aus den 9. und 11. Jahrgangsstufen aller Schultypen

2001: Vollerhebung der 8. Klassen aller Schultypen

2002: Vollerhebung der 9. Klassen aller Schultypen

2003: Vollerhebung der 10. Klassen aller Schultypen

2004: Abgleich der Ergebnisse der Dunkelfeldforschung mit Hellfelderkenntnissen (BZR, Erziehungsregister / KpS)

Duisburg:

2002: Vollerhebung der 7. und 9. Klassen aller Schultypen

2003: Vollerhebung der 8. und 10. Klassen aller Schultypen

2004: Vollerhebung der 9. Klassen aller Schultypen

Aktualisierung 2006:

2005: Vollerhebung der 10. Klassen aller Schultypen

2006: Vollerhebung der 11. Klassen der entsprechenden Schultypen (Gymnasium, Gesamtschulen und Berufsschulen)

2007: Abgleich der Ergebnisse der Dunkelfeldforschung
mit Hellfelderkenntnissen (BZR, Erziehungsregister / KpS)

Forschungsergebnisse

Fundierte Erkenntnisse werden umfassend nach Ende der Längsschnittuntersuchungen erwartet. Zwischenergebnisse wurden/werden sukzessive publiziert und mit den Beteiligten besprochen (Eltern, Schüler/innen, Lehrer/innen, Polizei, Kriminalpräventiver Rat usw.).

Auf der Homepage der WWU Münster sind weitere Hinweise enthalten.

Kosten/Finanzierung

Anstoßfinanzierung durch Haushaltsmittel des Innenministeriums NRW (Erhebung Duisburg), Mitteln der WWU Münster, der Stadt Münster, des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Münster und des Polizeipräsidiums Münster (Erhebung Münster).

2002 bis 2006 Förderung durch die DFG. Eine Fortsetzung der Förderung ist beantragt.

Umsetzung

Zwischenergebnisse und Projektdesign wurden/werden veröffentlicht durch/in: Homepages der Institute, Flyer und Broschüren für die Beteiligten, Publikationen (zu beziehen über das Kriminologische Institut):

Boers, K. (2000): Jugendliche Gewaltkriminalität. In: Neue Kriminalpolitik, Heft 3, S. 7 - 10.

Raithel, J. (2002): Jugendkriminalität und elterliches Erziehungsverhalten. In: Neue Kriminalpolitik, Heft 2, S. 62 - 65

Boers, K. / Reinecke, J. / Motzke, K. / Wittenberg, J. (2002): Werteorientierungen, Freizeitstile und Jugenddelinquenz. In: Neue Kriminalpolitik, 14. Jg., Heft 4, S. 141 - 146.

Wittenberg, J. / Reinecke, J. (2003): Diebstahlkriminalität von Jugendlichen. In: Raithel, J. / Mansel, J. (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 207 - 225

Boers, K. / Pöge, A. (2003): Wertorientierungen und Jugenddelinquenz. In: Lamnek, S. / Boatca, M.: Geschlecht - Gewalt - Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, S. 246 - 268.

Aktualisierung 2006:

Pöge, A. (2005): Persönliche Codes bei Längsschnittstudien: Ein Erfahrungsbericht. ZA-Information 56, S. 50 - 69

Pöge, Al. (2005): Ethnicity and self-reported delinquency. How to define ethnicity? In: N. Queloz, R. F. Bütikofer, D. Pittet, R. Brossard & B. Meyer-Bisch (eds.): Délinquance des jeunes et justice des mineurs. Les défis des migrations et de la pluralité ethnique. Youth Crime and Juvenile Justice. The challenge of migration and ethnic diversity. Bern: Stämpfli & Brüssel: Bruylant, S. 125 - 141.

Kontakte

Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Institut für Kriminalwissenschaften, Abteilung IV - Kriminologie, Bispinghof 24/25, 48143 Münster
Internet: http://www.jura.uni-muenster.de/kr4
E-Mail: Kriminologie@uni-muenster.de

Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Wissenschaftliche Einheit: Methoden der empirischen Sozialforschung und Sozialpsychologie,
Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld
Internet: http://www.uni-bielefeld.de/soz(personen/reinecke.html

Junge Mehrfachtatverdächtige in NRW

Untersuchungsgegenstand

- Umfang, Struktur und Entwicklung junger MTV der letzten 10 Jahre in NRW
- Vergleich der Täter-Opfer-Konstellationen zu nicht mehrfach auffälligen TV
- Analyse typischer Verlaufsmuster offizieller Registrierungen über Lebensspannen durch Kohortenbetrachtung

Forschungsmethoden

- Sonderauswertung PKS
- multivariate Verfahren

Projektablauf

Beginn: Januar 2004
Ende: Juni 2005

Forschungsergebnisse

Der Forschungsbericht mit dem Titel *"Junge Mehrfachtatverdächtige in NRW. Eine Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik 1994 - 2003"* ist auf den Seiten der KKF
im Internet:
http://ww1.polizei-nrw.de/lka/Forschung/Prjekte
und in Extrapol:
http://www.extrapol.de/etc/nw/lka/kkf/Forschungsberichte.htm
abrufbar.

Kontakte

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Abteilung 3 / Sachgebiet 32.1, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle, Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf
E-Mail: kkf@lka.polizei.nrw.de

Theorie der korruptiven Beziehung? Metaanalyse vorliegender Erkenntnisse über korruptive Handlungen

Untersuchungsgegenstand

In einer Metaanalyse soll herausgefunden werden, welches gesicherte Wissen sich aus den zahlreichen Untersuchungen zur Korruption ergibt.

Forschungsmethoden

Metaanalyse

Projektablauf

Vorarbeiten: seit 2002
Beginn: 2003
Ende: 2007

Forschungsergebnisse

Besprechung der neuesten Literatur zur Korruption in: Soziologisches Revue, Heft 3/2006 (im Erscheinen)

Kosten/Finanzierung

Eigenprojekt

Umsetzung

Aktualisierung 16.04.2005:
noch unbestimmt, Publikation geplant

Kontakte

Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Fachbereich II,
Friedensstraße 120, 02929 Rothenburg / OL

Kriminalität im Zusammenhang mit gewerblichen Sicherheits- und/oder Bewachungsunternehmen - insbesondere deren Verflechtungen zur Organisierten Kriminalität über die so genannte Türsteherszene

Untersuchungsgegenstand

Es liegen Erkenntnisse vor, die darauf hindeuten, dass eine deutliche kriminalpolizeiliche Relevanz der Tätigkeiten von so genannten „Türstehern“ vor und der Ausübung von so genannten „Securitydiensten“ in Diskotheken, Gastronomie-, Bar- und Bordellbetrieben sowie bei öffentlichen Großveranstaltungen sichtbar geworden ist. In Einzelfällen war die Annahme hinsichtlich des Vorliegens einer OK-Relevanz, insbesondere bei den handelnden Personen bzw. -gruppen sowie im Hinblick auf einzelne Örtlichkeiten höchst wahrscheinlich.

Ziel des Projektes:

1. Empirische Beschreibung des Kriminalitätsphänomens unter Berücksichtigung möglichst aktueller Erkenntnisse des polizeilichen Hellfeldes sowie regionaler, ethnischer und deliktischer Besonderheiten.
2. Bewertung funktionaler und personeller Strukturen innerhalb des Phänomenbereiches im Hinblick auf mögliche Bezüge zur bzw. Verflechtung mit der Organisierten Kriminalität sowie insbesondere deren Gefährdungspotential.

Forschungsmethoden

Vorgangsselektion im polizeilichen Datenbestand, Auswertung und Analyse von Strafverfahrensakten unter Verwendung eines einheitlichen Erhebungsrasters, Expertenbefragung unter Verwendung eines standardisierten Fragebogens

Projektablauf

Beginn im Herbst 2004

Forschungsergebnisse

Zurzeit erfolgt die Zusammenstellung der aus dem Projekt gewonnenen Erkenntnisse. Ein Ergebnis liegt derzeit noch nicht vor.

Kosten/Finanzierung

keine Zusatzkosten

Umsetzung

Erkenntnisse aus dem Projekt sollen in einem Lagebild als Sonderauswertung zusammengeführt und den Polizeidienststellen des Landes zur Verfügung gestellt werden.

Kontakte

Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, Direktionsbüro, Direktionsbereich 2, Postfach 180165, 39028 Magdeburg
E-Mail: ag-kripo@lka.pol.lsa-net.de

Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, Fachgruppe II - Kriminalwissenschaften, Schmidtmannstraße 86, 06449 Aschersleben
Internet: http://www.fhs.pol.lsa-net.de
E-Mail: fh-pol@fhs.pol.lsa-net.de

Verfahrenszahlen Menschenhandel

Untersuchungsgegenstand

Seit längerem sind die Verfahrenszahlen für Menschenhandel bei der Polizei rückläufig, obwohl die Erfahrung das Gegenteil annehmen müsste. Diesem Phänomen soll nachgegangen werden. Die Regelungen in den §§ 180 b und 181 StGB könnten sich als schwer handhabbar erweisen.

Forschungsmethoden

- Schriftliche und mündliche Befragungen bei Polizei, Justiz, evtl. Strafverteidiger, Ausländerämter, Gesundheitsämter
- Aktenanalyse: Länder und BGS

Projektablauf

- Beginn: Frühjahr/Sommer 2003; Ende: 2005
- Januar bis März 2003: Ausschreibung des Beschaffungsamtes (BeschA) des BMI
- Zuschlag an Forschungsgemeinschaft von MPI Freiburg und KrimZ Wiesbaden Ende März 2003
- Die KrimZ hat ihren Bericht im April 2004 abgeschlossen und an das MPI weitergereicht; dort wurde der Abschlussbericht erstellt.
- Das Projekt wurde 2005 abgeschlossen.

Forschungsergebnisse

Die Ergebnisse sind in der BKA-Reihe "Polizei + Forschung", Band 31, veröffentlicht (s. Umsetzung)

Besonderheiten

Das Projekt wurde zusammen mit dem Referat OA 37 (Sachbereich 5) des BKA betreut.

Kosten/Finanzierung

Max. Kosten 20.500 €

Die Kosten teilten sich hälftig BMI und BMFSFJ, die das Projekt förderten.

Umsetzung

Bundeskriminalamt, Kriminalistisches Institut (Hg.):
Herz, Annette, Eric Minthe, Straftatbestand Menschenhandel - Verfahrenszahlen und Determinanten der Strafverfolgung, BKA Reihe "Polizei + Forschung", Bd. 31, 2006

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 12, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI12@bka.bund.de

Zur Verurteilungspraxis deutscher Gerichte auf dem Gebiet der Schleuserkriminalität

Untersuchungsgegenstand

Vor dem Hintergrind der defizitären Datenlage auf dem Gebiet der Schleuserkriminalität wurde die Kriminologische Zentralstelle 1997 mit der Durchführung eines Forschungsvorhabens beauftragt. Dabei waren vor allem vier Gesichtspunkte von Interesse:

- die Anzahl der Verurteilungen,
- die Nationalität der Täter,
- die Sanktionspraxis der Gerichte,
- die regionalen Verurteilungen bzw. Unterschiede.

Die Auswertung von Daten des Bundeszentralregisters bezogen sich auf sämtliche (rechtskräftig gewordene) Verurteilungen wegen eines Schleusungsdelikts (Verstoß gegen §§ 92a, 92b AuslG) im Zeitraum vom 1. Januar 1995 bis einschließlich Dezember 1999. Im Rahmen der Untersuchung wurden für den Urteilsjahrgang 1999 ca. 2.700 Urteilsdatensätze eingeholt und ausgewertet.

Forschungsmethoden

- Abfrage und Auswertung von Datensätzen aus dem Bundeszentralregister
- Strafaktenauswertung
- Interviews mit Vertretern der Strafverfolgungsorgane (Experteninterviews)

Projektablauf

Strafaktenauswertung

Registeranalysen geben lediglich Auskunft über das Urteilsdatum, die angewandten Vorschriften und das Strafmaß. Daher wurde ausgehend von der Bundeszentralregisterauswertung des Urteilsjahrgangs 1998 eine umfassende Strafaktenauswertung durchgeführt, die ca. 200 Akten umfasste. Zu diesem Zweck wurde zunächst eine Probeerhebung anhand von ca. 20 Strafakten aus Bayern durchgeführt. Diese Gerichte boten sich aufgrund der

Vielzahl der im Jahr 1998 ergangenen Verurteilungen für eine Probeerhebung, die ein möglichst breites Spektrum der Schleuserkriminalität erfassen sollte, besonders an. Mit den Erkenntnissen aus dieser Unersuchung wurde ein Erhebungsbogen erstellt, der ca. 100 Fragen enthält, die sich auf das Schleusungsdelikt und das Verfahren beziehen.

Die Stichprobe enthält 75 Verfahren aus den Freistaaten Bayern und Sachsen sowie je 25 Verfahren aus Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Die Aktenanalyse wurde 2003 abgeschlossen.

Interviews mit den Praktikern

Die Strafakten können nur einen Einblick in den kleinen Teil der durch Verurteilung bewältigten Kriminalität geben. Ein Eindruck vom eigentlichen Ausmaß der Schleuserkriminalität kann deshalb nur gewonnen werden, wenn auch die polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ebene in die Untersuchung einbezogen wird. Daher wurden Interviews mit Vertretern der Strafverfolgungsorgane geführt, die Auskunft über praktische Erfahrungen mit der Schleuserkriminalität geben.

Forschungsergebnisse

Die Forschungsergebnisse wurden bislang in folgenden Publikationen veröffentlicht:

- Geisler, Claudius / Steinbrenner, Christian (2001): Schleuserkriminalität. Erscheinungsformen, Kriminologische Erkenntnis und Verurteilungspraxis. Einführung in die Problematik und Darstellung ausgewählter Ergebnisse eines Forschungsprojektes der Kriminologischen Zentralstelle. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 84, S. 410 - 417
- Minthe, Eric (Hrsg.) (2002). Illegale Migration und Schleusungskriminalität. (Kriminologie und Praxis; 37) Wiesbaden: KrimZ
- Steinbrenner, Christian (2004). Schleuserkriminalität. Anmerkungen zur Verurteilungspraxis der Gerichte. Die Ware Mensch. Menschenhandel als "Geschäftsfeld" der Organisierten Kriminalität (S. 37 - 50). Weimar: Bertuch.

Aktualisierung März 2006:

- Steinbrenner, Christian (2005). Zur Verurteilungspraxis deutscher Gerichte auf dem Gebiet der Schleuserkriminalität. (Kriminologie und Praxis; 48). Wiesbaden: KrimZ

Umsetzung

Die Ergebnisse aus Bundeszentralregisterauswertung, Strafaktenanalyse, Interviews und Fachtagung wurden zusammengestellt und in der von der Kriminologischen Zentralstelle herausgegebenen Schriftenreihe „Kriminologie und Praxis“ veröffentlicht (s. Forschungsergebnisse).

Kontakte

Kriminologische Zentralstelle e. V., Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden
Internet: http://www.krimz.de
E-Mail: info@krimz.de

Ausbildungsprofil Niedersächsische FHVR, Fakultät Polizei

Untersuchungsgegenstand

Evaluation des Studienstoffplanes der Theoriesemester der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst; Befragung von Absolventen, Kollegen und Vorgesetzten

Forschungsmethoden

- Standardisierte Befragung (Onlinebefragung per Internet);
- Offene Interviews (mündliche Befragung, Experteninterviews)

Projektablauf

April 2004 - Dezember 2005; Befragung in 2005

Forschungsergebnisse

Insgesamt laufen sowohl die Ergebnisse der Befragung der Absolventen als auch der unmittelbaren und mittelbaren Vorgesetzten hinaus auf die Forderung nach

- einem Weniger an theoretischem Stoff im Curriculum,
- einem Mehr an professionsbezogenen Schlüsselqualifikationen und handwerklichem Können als Ziel der Ausbildung sowie
- einer Verbesserung der methodisch-didaktischen Vermittlung an der FHVR.

Das von der Praxis gezeichnete Anforderungsprofil in der Erstverwendung nach der bisherigen FH-Ausbildung mündet folgerichtig in ein von der Praxis gefordertes Ausbildungsprofil, das von den wissenschaftlichen Inhalten her deutlich reduziert und entsprechend berufspraktischer akzentuiert erscheint. Die Forderungen der Praxis sind – insgesamt betrachtet – eher die nach (aktuell vorhandenen) Fertigkeiten, denn die nach (potenziellen) Fähigkeiten. Inwieweit eine diesen Forderungen folgende Reduktion im Stoffplan und Änderung in der Vermittlungspraxis

- mit dem Profil einer Hochschule und den laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für den gehobenen Dienst vereinbar erscheint oder aber

- diese Forderungen der polizeilichen Praxis alternativ durch eine stärkere Ausgestaltung der berufspraktischen Zeiten in (eben) dieser Praxis als Ausbildungsabschnitte erreichbar sind,

dies abschließend zu klären war nicht Aufgabe dieses Projektberichtes, sondern ist (basierend auf den empirischen Daten dieses Berichtes) weiteren Analysen und Entscheidungen vorbehalten.

Kosten/Finanzierung

Kooperationsprojekt (unter Beteiligung an den Kosten) Landespolizeipräsidium/Ministerium des Innern Niedersachsen und Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Fakultät Polizei

Umsetzung

Umsetzung im Rahmen der Studienreform, u. a. zur Modularisierung des

Unterrichts (BA, Bologna-Prozess); Schriftliche Publikationen in Polizeiinternen und allgemeinen Publikationen, Veröffentlichungen im Intra- und Internet

Thomas Ohlemacher (2005), Bausteine für den Weg zur Weg zur Bachelorisierung interner Studiengänge: Praxisevaluation bisheriger Polizei-Curricula, S. 23 - 25 in: Peter Heinrich & Dennis Kirstein(Hrsg.), Bachelorisierung und Masterangebote – Perspektiven der Umsetzung des Bologna-Prozesses (Redebeiträge und Glienicker Thesen des 16. Glienicker Gespräches 2005), Berlin: FHVR Berlin (Beiträge der Hochschule, Band Nr. 25).

Thomas Ohlemacher, Horstrüdiger Weiß, Natascha Aust und Gesa Hujahn (2005), Ausbildungsprofil Fakultät Polizei (Abschlußbericht, Dezember 2005). Hildesheim: FHVR

Thomas Ohlemacher, Horstrüdiger Weiß und Natascha Aust (2006), Ausbildungsprofil: FHVR stellt Ergebnis vor. Polizei-Extrablatt (PEB): Informationen für die niedersächsische Polizei 3/2006: 6.

www.fhvr.niedersachsen.de > aktuelle Forschungsergebnisse > Forschungsergebnisse der FHVR-Projekte 2005: Kurzberichte

Kontakte

Niedersächsische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege
- Fachbereich Polizei -, Lübecker Straße 3, 31141 Hildesheim
E-Mail: poststelle@fh-hildesheim.polizei.niedersachsen.de

Berufliche Selbstcharakterisierung der ehemaligen Volkspolizisten, die in die Länderpolizei übernommen wurden, zur Wendezeit

Untersuchungsgegenstand

Berufliche Selbstcharakterisierung der ehemaligen Volkspolizisten, die in die Länderpolizei übernommen wurden, zur Wendezeit

Forschungsmethoden

Fragebogenerhebung

Projektablauf

Eine Befragung aus dem Jahr 1997 wurde im Archiv entdeckt und 2005 ausgewertet. Gegenwärtig werden Daten zu einer Replikationsuntersuchung erhoben.

Forschungsergebnisse

Im Gegensatz oder zumindest in Ergänzung anderer Untersuchungen werden die Anpassungsleistungen der Volkspolizisten zur Wendezeit nicht (nur) durch Resignation und Lethargie, nicht (nur) durch äußerliche Anpassung bei Aufrechterhaltung einer latent obrigkeitsstaatlichen Haltung beschrieben, sondern durch einen positiven Bezug zu den Charaktermerkmalen ihres Berufsstandes.

Umsetzung

lt. Mitteilung vom 22.03.2006: Veröffentlichung demnächst

Kontakte

Fachhochschule der Polizei Sachsen-Anhalt, Schmidtmannstraße 86,
06449 Aschersleben
Internet: http://www.polizei.sachsen-anhalt.de
E-Mail: poststelle@fhs.pol.lsa-net.de

Berufswahl "Polizeibeamtin/-beamter"

Untersuchungsgegenstand

Untersuchung der Frage, warum man den Beruf "Polizeivollzugsbediensteter" im Freistaat Sachsen wählt. Dabei wird die Entscheidung für den Polizeiberuf auch dahingehend differenziert, dass die Untersuchung auch in einem alten Bundesland durchgeführt wurde (Hessen).

Bemerkung:

Aus Gründen der für Forschungsprojekte zur Verfügung gestellten Zeit und von Projektmitteln wird ein Vergleich "Polizei" - "Sozialarbeit" voraussichtlich erst ab 2007 durchgeführt werden können. Dies wäre dann jedoch als ein eigenes Projekt anzusehen.

Dieses Projekt gilt daher als abgeschlossen.

Forschungsmethoden

Befragungen

Projektablauf

ursprünglich geplante Projektlaufzeit: 12/2000 bis 12/2001

Aktualisierung 2003: Projekterweiterung ab 2002
Aktualisierung 2005: abgeschlossen

Forschungsergebnisse

Erste Ergebnisse wurden veröffentlicht:

- Karlhans Liebl, "Crime Fighter" oder "Pensionsbesorgter"? - Warum wird man Polizist?, in: Polizei und Wissenschaft, Ausgabe 2/2003, S. 4 - 17
- Liebl (Hg.), Polizei und Transfergesellschaft, Rothenburg (Rothenburger polizeiwissenschaftliche Schriften, Band 29), Rothenburg 2006
- Karlhans Liebl, Die Wahl des Polizeiberufes - gestern und heute, Eine Untersuchung zur Berufswahl in der DDR und heute, in: Die Polizei, Heft 9/2006

- Liebl, Karlhans, Der Polizeiberuf als Entscheidung (Arbeitstitel), Münster 2006 (im Erscheinen)

Kosten/Finanzierung

Eigenfinanzierung

Umsetzung

Publikationen/Ergebnisse werden in Lehrveranstaltungen und Tagungen vorgestellt.

Kontakte

Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Fachbereich II,
Friedensstraße 120, 02929 Rothenburg / OL

Gesellschaftliche und internationale Entwicklungen, Qualifikationsanforderungen an den Polizeiberuf und Aufgaben der Ausbildung der Polizei - Evaluation der Polizeiausbildung und -weiterbildung.

Untersuchungsgegenstand

Untersucht werden verschiedene Aspekte der komplexen Gesamtzusammenhänge zwischen gesellschaftlichen und internationalen Entwicklungen, Qualifikationsanforderungen des modernen Polizeiberufs sowie institutionellen und curricularen Aspekten der Polizeiausbildung. In dem Berichtszeitraum beschränkte sich die Arbeit weitgehend auf die im Rahmen des VII. und des VIII. Hochschuldidaktischen Kolloquiums thematisierten Fragen „Handlungsorientierter Lehr- und Lernformen“ bzw. „Modularisierung“.

Forschungsmethoden

vorwiegend Literatur- und Sekundäranalysen

Projektablauf

seit 1.6.1998 (mit unterschiedlichen thematischen Fragestellungen) - Ende unbestimmt

Forschungsergebnisse

Zwischenergebnisse:
In den Jahren 1999 - 2004 vorgelegte Ergebnisse aus diesem Projekt sind meinen Angaben zu den Forschungsberichten 1999, 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 zu entnehmen, hier sind lediglich die Ergebnisse 1.10.2004 - 30.9.2005 erfasst.

Besonderheiten

Fachhochschulen anderer Bundesländer, die für die Ausbildung der Polizei zuständig sind; Polizei-Führungsakademie Münster; andere Bildungseinrichtungen der Polizei in Ländern Ost- und Ostmitteleuropas; Hochschule Zittau/Görlitz

letzte Aktualisierung gem. Forschungsbericht 2005

Umsetzung

Vorträge/Publikationen/Berichte:

Einleitung in das VII. Hochschuldidaktische Kolloquium „Handlungsorientierte Lehr- und Lernformen - didaktische und fachdidaktische Fragen“ - Einführung und organisatorische Vorbereitung des VII. Hochschuldidaktischen Kolloquiums zum Themenkreis „Handlungsorientierte Lehr- und Lernformen - didaktische und fachdidaktische Fragen“, an der Fachhochschule für Polizei Sachsen - Rothenburg/OL, 9. bis 10. Dezember 2004.

Handlungstheoretisch reflektierte Handlungsorientierung. Zu den Handlungstheorien Max Webers und Jürgen Habermas‘ - Vortrag im Rahmen des VII. Hochschuldidaktischen Kolloquiums zum Themenkreis „Handlungsorientierte Lehr- und Lernformen - didaktische und fachdidaktische Fragen“, an der Fachhochschule für Polizei Sachsen - Rothenburg/OL, 9. bis 10. Dezember 2004.

Wandel der Polizei im Systemwechsel - Vortrag im Rahmen des Symposiums: „Organisationen im Kulturwandel“, am Gustav-Stresemann-Institut Bonn - Bonn, 22. und 23 April 2005.

EU-Osterweiterung, gesellschaftliche Veränderungen und Auswirkungen auf die Polizei - Vortrag im Rahmen des Führungsforums, an der Fachhochschule für Polizei Sachsen - Rothenburg/OL, 5. Juli 2005.

Einführung zum VIII. Hochschuldidaktische Kolloquium - Einführung und organisatorische Vorbereitung des VIII. Hochschuldidaktischen Kolloquiums zum Themenkreis „Modularisierung - Der Masterstudiengang als Probelauf“, an der Fachhochschule für Polizei Sachsen - Rothenburg/OL, 28. bis 29. September 2005.

Modularisierung - didaktische Gestaltungsmöglichkeiten und Gestaltungserfordernisse - Vortrag zum VIII. Hochschuldidaktischen Kolloquium zum Themenkreis „Modularisierung - Der Masterstudiengang als Probelauf“, an der Fachhochschule für Polizei Sachsen - Rothenburg/OL, 28. bis 29. September 2005.

Forschung an der Fachhochschule für Polizei Sachsen - Funktionen, Stellenwert, Ausblicke, in: Geierhos, Wolfgang/Kühne, Eberhard (Hrsg.). 10 Jahre Fachhochschule für Polizei Sachsen. Beiträge zur Geschichte der Hochschule und zur aktuellen wissenschaftlichen Diskussion, Rothenburger

Beiträge. Schriftenreihe der Fachhochschule für Polizei Sachsen, Band 20, Rothenburg/Oberlausitz 2004 (S. 313 - 333)

Kontakte

Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Fachbereich V:
Gesellschaftswissenschaften, Friedensstraße 120, 02929 Rothenburg/OL

Kollegiale Beratung und Supervision im Polizeidienst. Unterstützung professionellen Handelns beim Übergang von der FHVR in den Vollzugsdienst

Untersuchungsgegenstand

Installation und Wirksamkeitsprüfung von "Kollegialer Beratung und Supervision" beim Übergang von der FHVR in den Polizeidienst - auch Vergleich mit der Wirksamkeit des Modells bei der Polizei und in pädagogischen Berufen.

Forschungsmethoden

Evaluation

Projektablauf

Beginn im Januar 2006, voraussichtliches Ende der ersten Projektphase 2006.

Stand März 2006:
Schulung der ersten Gruppe von 23 Studierenden des Abschlussstudiums der Nieders. FHVR - Fakultät Polizei und erste von 3 Evaluationsbefragungen durchgeführt.

Besonderheiten

Projektbeteiligung: "Arbeitsstelle für reflexive Personen- und Organisationsentwicklung" des Didaktischen Zentrums der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Kosten/Finanzierung

Forschungsmittel der FHVR Niedersachsen

Umsetzung

Publikationen, Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen

Kontakte

Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Niedersachsen, Hochschule für den öffentlichen Dienst, Sozialwissenschaften,

Lübecker Straße 3, 31141 Hildesheim
Internet: http://www.fhvr.niedersachsen.de

Didaktisches Zentrum der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Arbeitsstelle für reflexive Personen- und Organisationsentwicklung, Postfach, 26111 Oldenburg
Internet: http://www.uni-oldenburg.de

Seiteneinsteigerinnen im Polizeialltag: Erfahrungen und Probleme

Untersuchungsgegenstand

Es soll untersucht werden, wie sich sogenannte Seiteneinsteigerinnen integrieren und welche Probleme dabei auftreten und bewältigt werden müssen.

Forschungsmethoden

Befragungen und Interviews

Projektablauf

Beginn: 2003
Ende: 2006

Forschungsergebnisse

Aktualisierung 20.07.06:
Z. Zt. wird der Forschungsbericht erstellt / Abschluss Ende 2006

Kosten/Finanzierung

Eigenprojekt

Umsetzung

Die Ergebnisse werden 2007 in Buchform veröffentlicht.

Kontakte

Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Fachbereich II,
Friedensstraße 120, 02929 Rothenburg / OL

Drogenerkennung im Straßenverkehr, Projekt "WipeDrug"

Untersuchungsgegenstand

Ziele dieses Projekts sind

- die Verbreiterung und Absicherung der Datenbasis in der wissenschaftlichen Grundlagenforschung für Korrelationsuntersuchungen zwischen Speichel- und Blutproben bei Drogenkonsum im Straßenverkehr,
- die Erprobung und Evaluierung polizeilicher Einsatzstrategien für Drogen-Vortestsysteme im Bereich der Verkehrsüberwachung und der Verkehrsunfallaufnahme,
- die Untersuchung des „Drugtest“ auf seine Eignung für den Stoffnachweis bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (Handel mit und Besitz von Drogen).

Forschungsmethoden

Probanden, bei denen Verdachtsmomente hinsichtlich des Konsums von Drogen festgestellt werden, erhalten

- „Dräger DrugTest“, Speicheltest
- „Drugwipe“, Schweiß-/Speicheltest

angeboten.

Auffall- und Ausfallerscheinungen (schwerwiegende Beeinträchtigung des Reaktions- und Wahrnehmungsvermögens) an der Person werden festgehalten und elektronisch erfasst. Diese Daten und die Daten der Blutanalyse werden anschließend mit Hilfe von statistischen Analysen ausgewertet.

Projektablauf

Das Forschungsprojekt wird in der Zeit von Oktober 2004 bis Ende Juli 2005 durchgeführt.

Forschungsergebnisse

Es liegen zur Zeit noch keine vor.

Kosten/Finanzierung

Ca. 50.000 EURO; werden bis auf 10.000 EURO von der Universität getragen.

Umsetzung

Publikationen

Kontakte

Landespolizeidirektion Saarbrücken / Saarland, Führungsstab, SB 13, Mainzer Straße 134 - 136, 66121 Saarbrücken
E-Mail: LPD@lpd.land.slpol.de

Evaluierung und Optimierung des Aufbaulehrgangs Fallanalyse

Untersuchungsgegenstand

gem. Aktualisierung Juni 2006:

Praxisbedürfnis, Vorerfahrungen, Vorarbeiten, Forschungsstand:

Nachdem der erste Aufbaulehrgang Fallanalyse (siehe Projekt KI13-107, Konstruktion und Durchführung) mit Erfolg im Januar 2005 durchgeführt wurde, besteht ein großer Bedarf nach Evaluation und weiterer Optimierung dieses Lehrganges in der Praxis.

Kurze inhaltliche Beschreibung:

Im Januar 2005 wurde in Deutschland (und auch weltweit) ein erster abschließender Lehrgang zum Erlernen der Fallanalysetätigkeiten durchgeführt. Der Lehrgang wurde von einem Team aus Bundes- und Länderbeamten durchgeführt und es fand eine anschließende Feedback-Befragung bei den Lehrgangsteilnehmern statt. Im Januar 2006 fand der zweite Lehrgang dieser Art statt. Diesem zweiten Lehrgang ging eine kritische Reflexion des ersten Lehrgangs durch eine Bund-Länder-Projektgruppe (identisch mit dem Lehrteam) voraus, in deren Rahmen die Lehrgangsinhalte optimiert wurden.

Mittlerweile haben sich mehrere ausländische Dienststellen gemeldet, die ebenfalls an dem deutschen Aufbaulehrgang teilnehmen möchten.

Die Ergebnisse der Feedback-Befragung werden weiterhin ausgewertet. Darüber hinaus soll eine kritische Reflexion der Lehrgangstätigkeit stattfinden.

Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass einige Lehrgangs-Bausteine verändert und ergänzt, andere gestrichen werden können. Aktuelle Entwicklungen der Fallanalyse-Methodik werden integriert.

Die neuen BLPG-Arbeiten zur Revision des Analyseprotokolls (= inhaltlicher Ablauf der Fallanalyse) werden ebenfalls in die Konzeption der Lehrgänge Fallanalyse 1 bzw. 2 eingehen müssen.

Daraus soll ein optimierter Aufbaulehrgang entstehen, der dann im Januar 2008 durchgeführt werden soll. Die Feedback-Bögen des zweiten

Aufbaulehrgangs haben gezeigt, dass sich das Konzept der beständigen Optimierung des Lehrgangs außerordentlich bewährt hat.

Forschungsmethoden

gem. Aktualisierung Juni 2006:

Methodik:

- Auswertung von Feedback-Bögen
- Teamsitzungen (Selbstreflexion und Verbesserungsvorschläge)
- Erstellen eines optimierten didaktischen und inhaltlichen Lehrgangskonzepts
- Durchführung eines dritten Aufbaulehrganges

Projektablauf

gem. Aktualisierung Juni 2006:
Laufzeit: 21.03.2006 bis Dezember 2007

Kosten/Finanzierung

Personalkosten

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 13, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI13@bka.bund.de

Pilotprojekt ViCLAS 4.0 - Zusammenarbeit mit der RCMP und NCOF

Untersuchungsgegenstand

Praxisbedürfnis, Vorerfahrungen, Vorarbeiten, Forschungsstand:

Seit dem Jahre 1999 wird bei der deutschen Polizei die kanadische Software „ViCLAS“ verwendet. Bundesweit arbeiten ca. 100 polizeiliche Fallanalytiker mit diesem Recherchetool.

In den Jahren 2001 - 2005 haben sich Projektgruppen (international und national) mit der inhaltlichen Weiterentwicklung der Anwendung beschäftigt. Zuletzt erfolgte im Oktober 2005 ein entsprechender Beschluss der KKB die bislang erarbeiteten Vorschläge umzusetzen und die Software weiter zu entwickeln (siehe Projekt Weiterentwicklung ViCLAS 3.0).

Schließlich hat die Partnerdienststelle bei der RCMP in Kanada sein Interesse an einer deutschen bzw. europäischen ViCLAS-Version bekundet. Die neue kanadische Software ViCLAS 4.0 ist fertiggestellt und kann zur inhaltlichen Anpassung an das BKA abgegeben werden. RCMP und BKA wollen im Rahmen eines gemeinsamen Projekts eine Überarbeitung der Version ViCLAS 4.0 für deutsche und/oder europäische Bedürfnisse angehen.

In Großbritannien existiert bei der NCOF ein entsprechendes inhaltliches und technisches Know-how, welches für den weiteren Entwicklungsprozess von großem Nutzen ist.

Forschungsmethoden

Arbeitsweise

- Auswertung von Forschungsarbeiten (Projektgruppen)
- Expertentreffen auf der Basis der internationalen Kooperation zur Optimierung der vorhandenen Datenfelder (Überarbeitung, Kürzung, Ergänzung)
- Überprüfung der kriminologischen Hintergründe der Datenbank
- Simulationsstudien zu Testzwecken
- International koordinierte und national initiierte Softwareanpassung

- Umsetzung von vorhandenen Praxis- und Forschungserkenntnissen im Fragebogen und Recherchestrategien

Projektablauf

Laufzeit: Oktober 2006 - Oktober 2009

Auswertung von nationalen und internationalen Forschungsprojekten

- Überprüfung der neuen Software ViCLAS 4.0
- Überarbeitung und Anpassung des ViCLAS-Erhebungsbogens
- Einführung der ViCLAS 4.0 Software
- Einführung des elektronischen Formblattes
- Test und Adaption von weiteren geografischen Systemen (länderspezifisch)
- Gemeinsame inhaltliche und technische Weiterentwicklung

Kosten/Finanzierung

ca. 120.000 Euro

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 13, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI13@bka.bund.de

Polizeiliche Vernehmung und Glaubhaftigkeit

Untersuchungsgegenstand

Systematisierung und Verbreitung wissenschaftlich gesicherter Vernehmungstechniken und Verfahren zur Glaubhaftigkeitsprüfung. Verbesserung der Vernehmungsaus- und -fortbildung von Polizeibeamten und Juristen in Vernehmungsfragen.

Forschungsmethoden

Evaluationsstudien

Projektablauf

Beginn im Jahr 2003

Stand März 2006:
Publikation eines Trainingsleitfadens, Sammelband in Druck, diverse Einzelpublikationen

Forschungsergebnisse

- Hermanutz, M., Litzcke, S.M. & Kroll, O. (2005), Polizeiliche Vernehmung und Glaubhaftigkeit – Ein Trainingsleitfaden. Stuttgart: Boorberg.
- Hermanutz, M. & Litzcke, S.M. (in Druck), Vernehmung in Theorie und Praxis. Wahrheit-Irrtum-Lüge. Stuttgart: Boorberg.

Kosten/Finanzierung

Forschungsmittel der FHVR Niedersachsen

Umsetzung

Publikationen (s. Forschungsergebnisse), Weiterbildungsveranstaltungen

Kontakte

Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei,
Sturmbühlstraße 250, 78054 Villingen-Schwenningen
Internet: http://www.fhpol-vs.de

Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Niedersachsen,
Hochschule für den öffentlichen Dienst, Sozialwissenschaften,
Lübecker Straße 3, 31141 Hildesheim
Internet: http://www.fhvr.niedersachsen.de

Rückmeldesysteme in der Kriminalitätssachbearbeitung

Untersuchungsgegenstand

Rückmeldungen in dem Prozess der Kriminalitätssachbearbeitung sind nicht standardisiert. Sie würden Qualität beeinflussen, Motivation steigern und die Kommunikation zwischen den Mitarbeitern fördern. Ziel ist die Einführung eines Rückmeldesystems in der Polizei Bremen.

Forschungsmethoden

Expertenbefragung anhand eines standardisierten Fragebogens (7 geschlossene, 2 offene, 3 Hybridfragen). Zufallsstichproben von ca. 200 Mitarbeitern.

Projektablauf

1.10.2003 - 1.08.2004

Forschungsergebnisse

Wesentliche Projektergebnisse:

- Beamte hatten kaum Kontakt mit Rückmeldesystemen. Wenn doch, dann durch das Informations-System-Anzeigen (ISA)
- Ein Rückmeldesystem würde sich positiv auf die Arbeitsqualität auswirken
- Bei den meisten Beamten würde ein Rückmeldesystem positiv ankommen
- Ein Rückmeldesystem würde von den meisten Beamten genutzt werden
- Die Hälfte aller Befragten würde dafür mehr Arbeit investieren
- Am wichtigsten ist den Beamten dabei, den Verfahrensausgang zu erfahren
- Da Interesse ist stark von der Schwere des Delikts abhängig
- Rückmeldung soll auch von der StA kommen
- Die Rückmeldung soll per EDV abrufbar sein

Umsetzung

Einführung eines Rückmeldesystems wurde in einer Ausbaustufe des Vorgangserfassungssystems ISA-Web empfohlen.

Rechte Publikation: Hochschule für öffentliche Verwaltung Bremen

Kontakte

Landeskriminalamt Bremen, K 2, In der Vahr 76, 28329 Bremen

Täterprofil von Brandstiftern

Untersuchungsgegenstand

Die empirische Untersuchung bezieht sich auf aufgeklärte vorsätzliche Brandstiftungen im Land Brandenburg. Es sollen Grundlagen für eine kriminalistisch-kriminologische Fallanalyse geschaffen werden. Die Untersuchung soll im Ergebnis dazu führen, dass die Verdachtsgewinnungsstrategien, die Überprüfung von Tatverdächtigen und nicht zuletzt auch die Ermittlung und Überführung des vorsätzlichen Brandstifters professionalisiert und beschleunigt werden.

Forschungsmethoden

Die Datenerfassung erfolgt durch Auswertung von Strafakten aufgeklärter vorsätzlicher Brandstiftungen. Daran anschließend werden in ausgewählten Fällen Befragungen von Ermittlungsbeamten sowie Explorationen von Serienbrandstiftern durchgeführt.

Projektablauf

Das Forschungsprojekt wurde in dem Zeitraum Oktober 2000 bis Dezember 2004 durchgeführt.

Aktualisierung 2006:

2006 erfolgt eine landesweite Praxiserprobung des im Forschungsprojekt entwickelten rechnergestützten Datenbanksystems mit dem Namen BIAS (Brandstifter-Informations- und Analysesystem)

Forschungsergebnisse

Das Forschungsprojekt hat mit einer kriminalistisch-kriminologischen Studie Grundlagen geschaffen, Strukturen der vorsätzlichen Brandkriminalität im Kontext Täter und Tat zu erkennen und für die Vorgangsbearbeitung zu nutzen. Als weiteres Projektergebnis wurde das rechnergestütztes Datenbanksystem BIAS entwickelt. Hierzu wurden Daten aus über 1.000 staatsanwaltschaftlichen Strafakten von vorsätzlichen Brandstiftungen erfasst. Weitere Erfassungen sind durch die Fachhochschule der Polizei Brandenburg, der Fachhochschule für öffentliches Recht und Verwaltung des

Landes Mecklenburg-Vorpommern als auch durch die Brandermittler des Landes Brandenburg vorgesehen.

Aktualisierung 2006:

Der Umgang mit der Datenbank wurde in der Praxis mehrfach erfolgreich getestet, indem Erkenntnisse aus BIAS in fallanalytische Methoden einbezogen und bei mehreren Brandserien Ermittlungsansätze zu Tat und Täter gegeben werden konnten. Im Rahmen einer landesweiten Erprobung soll der Umgang mit der Datenbank in einem Zeitrahmen von 20 Monaten vor Ort in der Branduntersuchung weiter getestet werden. In der Praxiserprobung soll überprüft werden, ob die Datenbank als ein praxisnahes Hilfsmittel zur Optimierung der Aufklärung von vorsätzlicher Brandkriminalität als auch für die Erfassung weiterer aufgeklärter Brandstiftungen und somit zur Vergrößerung der Grundgesamtheit genutzt werden kann.

Kosten/Finanzierung

Die Kosten werden durch den laufenden Haushalt der einzelnen beteiligten Behörden und Einrichtungen beglichen.

Umsetzung

Neben Publikationen und Lehrveranstaltungen wird im Rahmen einer landesweiten Erprobung geprüft, ob die Projekterkenntnisse über die Datenbank „Brandstifter- Informations- und Analysesystem“ (BIAS) in die Praxis überführt werden können.

Vorträge anlässlich der BKA-Veranstaltungen

- "Forum KI 1" am 26./27.06.2003: Täterprofil von Brandstiftern - eine Untersuchung des Landeskriminalamtes und der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (Harry Jäkel, LKA Brandenburg)
- "Forum KI 1" am 22./23.06.2005: Praxisbezogene Untersuchungen zu vorsätzlichen Brandstiftungen - Ergebnisse des Brandenburger Forschungsprojektes "Täterprofil von Brandstiftern" (Harry Jäkel, LKA Brandenburg)

Kontakte

Landeskriminalamt Brandenburg, Referat 2/24,

Tramper Chaussee 1, 16225 Eberswalde
E-Mail: umwelt01.lkaew@polizei.brandenburg.de

Fachhochschule der Polizei Brandenburg, FG Kriminal-/Sozialwissenschaften, Prenzlauer Straße 66 - 70, 16352 Basdorf
E-Mail: fhpol@polizei.brandenburg.de

Tattypen bei Sexualmorden sowie Alters- und Biografievariablen von Sexualmördern

Untersuchungsgegenstand

Praxisbedürfnis, Vorerfahrungen, Vorarbeiten, Forschungsstand:

Die Erfahrungen aus der Fallanalyse-Arbeit zeigen, dass in Fällen von „Sexualmord“ die Einschätzung des Alters beim noch zu ermittelnden Täter auf der Basis der Fallanalyse äußerst schwierig ist. Das hängt u. a. damit zusammen, dass das biologische nicht mit dem psychischen bzw. dem Verhaltens-Alter übereinstimmen muss.

Andererseits ist die Einschätzung des Täter-Alters bei den Ermittlungen (auch bei der Rasterung) von besonders hoher Bedeutung. Die kriminalistische Praxis hat einen sehr starken Bedarf an zuverlässigen Alterseinschätzungen zum Täter.

Kurze inhaltliche Beschreibung:

Es sollen die „Sexualmorde“ der letzten Jahrzehnte reanalysiert und geprüft werden, ob es im Kriminalfall vorliegende objektive Merkmale gibt, die mit dem Alter des Täters korrelieren.

Dazu wird es notwendig sein, sämtliche vorhandene kriminalistischen und sozialen Täterdaten herauszuarbeiten und mit dem Täteralter in Bezug zu setzen.

Ziele der Untersuchung:

a) Es soll festgestellt werden, ob es innerhalb des Deliktsfeld des Sexualmordes Zusammenhänge zwischen insbesondere dem Täteralter und Tatbegehungsweisen bzw. Tattypen gibt.

   Sollte dies der Fall sein, können in Fällen ungeklärter Sexualmorde validere Taten zum Täteralter in die Rasterung einbezogen werden.

   Sollte dies nicht der Fall sein, muss ernsthaft hinterfragt werden, ob es überhaupt sinnvoll ist, z. B. im Rahmen von Fallanalysen bzw. Täterprofilerstellungen eingrenzende Aussagen zum Alter des Täters zu machen.

b) Es soll - aufbauend auf den Projekten "PVvV" und "Geografie" - eine Phänomenologie des Sexualmordes vorgelegt werden, die bundesdeutschen Gegebenheiten entspricht.

Forschungsmethoden

- Aktenanalyse zu allen Fällen von „Sexualmord“ (= Tötungen im Zusammenhang mit einem Sexualdelikt).
- Analyse der Zusammenhänge der einzelnen Variablen mit der Altersvariablen.
- ggf. Gewichtung von Einzelvariablen, die mit der Altersvariablen im Zusammenhang stehen.
- Erprobung von möglichen Regelhaftigkeiten bei den zutreffenden Alterseinschätzungen an unbekanntem, beispielsweise ausländischem Material (Kooperation mit Dienststellen im benachbarten Ausland).

Projektablauf

gem. Aktualisierung Juni 2006:

Laufzeit: 01.10.2006 bis 30.09.08

Vorgehensweise:

- Sichtung der Literatur
- Definition des Deliktsbereiches
- Erste Beschreibung von Tattypen auf der Basis der Auswertung von Fallanalysen und Gerichtsurteilen
- Gewinnung der Stichprobe (u.a. Projekte PVvV und Geografie)

  Es soll zunächst auf das im Fachbereich KI 13 vorliegende Untersuchungsmaterial aus den Projekten zu Vorerkenntnissen und geografischem Verhalten von Sexualstraftätern zurück gegriffen werden. Damit ist der Zeitraum von 1991 bis 2001 abgedeckt (N = 100). Da aber bis auf das Jahr 1999, aus dem die Daten des Vorerkenntnisseprojektes stammen, darunter keine Fälle sind, in denen zwischen Täter und Opfer eine Bekanntschaft oder andere Vorbeziehung vorlag, müssten diese Fälle für den Untersuchungszeitraum nacherhoben werden. Sexualmorde mit enger Täter-Opfer-Vorbeziehung, die kriminalistisch kein Problem

darstellen, brauchen nicht einbezogen zu werden. Hingegen sind - auch aus fallanalytischer Sicht - gerade die Fälle interessant, in denen es eine flüchtige Täter-Opfer-Vorbeziehung gibt und gerade die Tatsache, dass das Opfer den Täter kennt, den Tötungsentschluss gefördert hat. Hierunter dürften auch Fälle des Sexualmordes an Kindern fallen, in denen der Täter ein Bekanntschaftsverhältnis ausnutzt, um das Vertrauen des Kindes zu gewinnen.

Für einzelne Fragestellungen ist ggf. eine Vergleichsgruppe zu bilden. Hierzu kann auf die Daten der KI-Projekte "PVvV" und "Geografie" zurück gegriffen werden. Insgesamt sollen die Sexualmorde des Zeitraums 1991 bis 2004 erhoben werden (voraussichtliche Stichprobengröße N = 250 bis 300).

- Erhebung von Standarddaten zu den einzelnen Fällen:
  Alter, Tatortgemeinde, Ausbildung, Beschäftigung, Regionalität, Vorerkenntnisse, klinische Auffälligkeiten, Vorfeldstress, Art des Sexualmordes
- Klassifizierung von Tat- und Tathergangsparametern mit dem Ziel der Bildung von Tattypen
- Bewertung der Daten
  - Gruppierung der Tat- und Tathergangsparameter zu Tattypen mit Hilfe statistischer Verfahren
  - Korrelation der Tattypen mit den Biografievariablen, insbesondere dem Täteralter
- Gegebenenfalls experimentelle Anwendung der Methode zur Altereinschätzung auf ungeklärte Fälle - auch aus dem benachbarten Ausland - und anschließende Evaluierung der Ergebnisse
- Dokumentation und Umsetzung der Forschungsergebnisse
- Dauer 2 Jahre

Besonderheiten

Projektergebnisse sind u. U. auf andere Deliktsbereiche übertragbar.

Im Gegensatz zu Projekt "Biografien und Karrieremuster von sexuellen Gewalttätern (KI 13-109) geht es bei diesem Projekt (KI 13-110) ausschließlich um sog. "Sexualmörder".

Kosten/Finanzierung

gem. Aktualisierung Juni 2006:

2 Wissenschaftlerstellen TVöD (2 x 2 x 48.368 €), Sachkosten (5.000 €), Reisekosten (2.000 €), Personalkosten im Fachbereich KI 13 des BKA; ggf. Dienstreisekosten

Umsetzung

gem. Aktualisierung Juni 2006:

Veröffentlichungen, Vorträge, Integration in polizeiliche Spezialausbildung

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 13, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI13@bka.bund.de

Zur Verwendung des Merkmals "deliktsunspezifische polizeiliche Vorerkenntnisse" bei Ermittlungen zu sexuellen Gewaltdelikten

Untersuchungsgegenstand

Ermittlungsmethoden zu deliktsunspezifischen Mehrfachtätern bei sexuellen Gewaltdelikten

Forschungsmethoden

Auf Basis der Grounded Theory wurden verschiedene Erhebungsmethoden miteinander kombiniert: Expertengespräche mit polizeilichen Sachbearbeitern, statistische Auswertungen, Fallanalysen auf der Basis von Aktenauswertungen, Gruppendiskussionen

Projektablauf

Beginn: Dezember 2003
Ende: Januar 2006

Veröffentlichung der Forschungsergebnisse: voraussichtlich Sommer/Herbst 2006

Forschungsergebnisse

Die Erkenntnis, dass sexuelle Gewalttäter zu einem großen Teil unspezifische, d. h. überwiegend nicht einschlägige, polizeiliche Vorerkenntnisse haben, lässt sich für die praktische Ermittlungstätigkeit auf zweierlei Weise nutzen:

- zum einen durch die Anwendung statistisch generierter Ermittlungshinweise zur Ermittlungspriorisierung
- zum anderen durch die Zusammenarbeit mit täterorientierten Ermittlungsansätzen zu Intensivtätern.

Besonderheiten

s. a. Projekt BKA/KI 13: "Polizeiliche Informationssysteme für die Unterstützung täterorientierter Ermittlungen von deliktsunspezifischen Wiederholungstätern, die Gewalttaten begehen.

Kosten/Finanzierung

ca. 250.000 Euro, finanziert durch das Bundeskriminalamt

Umsetzung

- Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist in der BKA-Reihe "Polizei + Forschung" geplant
- ferner Vorträge etc.
- Geplant ist zudem ein Umsetzungsprojekt.

Kontakte

Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich 3 Polizeivollzugsdienst, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin
Internet: http://www.fhvr-berlin.de
E-Mail: info@fhvr-berlin.de

Bundeskriminalamt, Fachbereich KI 13 - Operative Fallanalyse,
65173 Wiesbaden
Internet: http:///www.bka.de
E-Mail: KI13@bka.bund.de

Das sächsische Polizeiprogramm POLDI - Primärprävention im Kindergarten

Untersuchungsgegenstand

- Wird das Präventionsprogramm POLDI und damit auch die Zusammenarbeit mit der Polizei von den Kindergärtnerinnen akzeptiert und genutzt?
- Spricht das Präventionsprogramm POLDI Themen an, die Kindergärtnerinnen eher rudimentär oder gar nicht bearbeiten?
- Ist das Präventionsprogramm POLDI hilfreich bei der Erziehung der Kinder in der Vorschulgruppe des Kindergartens? Wenn ja, inwiefern?

Forschungsmethoden

Schriftliche Befragung von Erzieherinnen sächsischer Kindertageseinrichtungen

Projektablauf

Projektbeginn: Februar 2005
Projektende: Oktober 2005

Forschungsergebnisse

Insgesamt wurden 98 Kindertageseinrichtungen um Mitarbeit gebeten. In die Auswertung gingen 82 vollständig ausgefüllte Fragebögen ein. Die Erzieherinnen geben an, dass die meisten Vorschüler in der Lage waren, selbständig mit dem Buch zu arbeiten. Als häufigster Vorteil des Buches wird - neben der kindgerechten Aufmachung - die thematische Vielfalt genannt. Gleichzeitig stellen die Befragten fest, dass es keine Alternative zum POLDI-Buch gibt.

Über 90 Prozent der befragten Erzieherinnen sind der Meinung, dass die sechs Themenfelder ausführlich genug behandelt werden, wobei die Bereiche "Verkehr" und "Konfliktbewältigung" am häufigsten thematisiert werden. Auf die offene Frage, welche Verbesserungen oder Änderungen vorgenommen werden könnten, gab es keine Nennungen.

Besonders interessant erscheinen uns die Ergebnisse hinsichtlich der Funktion des Buches, Themen zu besetzen. So wurden 65,9 Prozent der Befragten durch das Buch erst auf einzelne Themenbereiche aufmerksam. Insbesondere das Thema "Körperliche Selbstbestimmung" wurde von 74,7 Prozent der Befragten vor der Beschäftigung mit dem POLDI-Buch noch nicht besprochen. 62,2 Prozent der Befragten geben an, dass Themen häufiger als früher besprochen werden, hier vor allem die Themen "Körperliche Selbstbestimmung" und "Verkehr". Darüber hinaus hilft das Buch 70,7 Prozent der Befragten beim Umgang mit schwierigen Themen.

Die Bewertung des POLDI-Buches wird von der Einschätzung der Pädagogischen POLDI-Puppe positiv verstärkt. So gaben 95,6 Prozent der Befragten an, dass sie sehr zufrieden bzw. zufrieden mit der Präsentation des Puppenspieles waren. 97,8 Prozent der Befragten waren mit der pädagogischen Didaktik sehr zufrieden bzw. zufrieden und 100 Prozent waren mit dem gewählten Thema sehr zufrieden bzw. zufrieden.

Die Wahrnehmung der Produkte der Polizei lässt sich auch auf die Einstellung zur Polizei hinsichtlich ihres Präventionsauftrages im allgemeinen übertragen. So geben 81,7 Prozent der Befragten an, dass die Polizei glaubwürdiger als andere gefahrenvermeidende Verhaltensweisen vermitteln kann. 89 Prozent der Befragten wünschen sich, dass die Polizei bei der Erziehung der Kinder mitwirkt.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Erzieherinnen die in der Prävention tätigen Beamten sehr positiv wahrnehmen. Fast 85 Prozent geben an, dass die Polizei den Kontakt zu den Einrichtungen aktiv sucht und dabei umfassend über die Präventionsangebote informiert. Über 90 Prozent arbeiten gern mit der Polizei zusammen und mehr als 50 Prozent wünschen sich häufigere Besuche durch Polizeibeamte.

_____

1) Die Zahl der Befragten liegt hier bei 45. Das sind die Erzieher der Einrichtungen, in denen die POLDI-Puppe aufgetreten ist.

Besonderheiten

Magisterarbeit am Institut für Soziologie der TU Dresden

Kosten/Finanzierung

Teilfinanzierung durch das LKA Sachsen

Umsetzung

Veröffentlichung auf den Internet-Seiten der POLIZEI Sachsen

Kontakte

Landeskriminalamt Sachsen, Abteilung 3, Dezernat 31,
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Internet: http://www.polizei.sachsen.de
E-Mail: lka@polizei.sachsen.de

Evaluation des Projektes "Videoschutz Ravensberger Park"

Untersuchungsgegenstand

Evaluation von Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Forschungsmethoden

Methodenmixtum:

- statistische Analysen, Dokumentenanalysen, Aktenanalysen/-auswertungen;
- Befragungen: mündlich und telefonisch jeweils nach standardisierten Fragebögen: Bevölkerung, Nutzer Anwohner, Szeneangehörige, Experten jeweils Fakten- und Meinungsumfragen

Projektablauf

Februar 2002 bis März 2004: abgeschlossen Oktober 2004

Forschungsergebnisse

Erkennbar: deliktspezifische positive Wirkung auf die Sicherheitslage in unterschiedlichem Umfang, signifikante positive Wirkung auf das Sicherheitsgefühl

Kosten/Finanzierung

Gesamtkosten ca. 15.000 Euro

- Finanzierung aus dem Forschungsetat der Fachhochschule
- mehr als zwei Drittel der Gesamtkosten stammen aus einer Finanzierungsbeteiligung durch das Innenministerium NRW, technische Unterstützung zur Auswertung erhobener Daten durch das Amt für Statistik der Stadt Bielefeld

Umsetzung

Publikation: "Eine digitale Streifenfahrt ...", Evaluation einer Videoüberwachung beim Polizeipräsidium Bielefeld, Frankfurt 2004, Verlag für Polizeiwissenschaft (ISSN 1610-7500, ISBN 3-935979-50-9)

Kontakte

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Dezernat III,
Haidekamp 73, 45886 Gelsenkirchen
Internet: http://www.fhoev.nrw

Gewaltprävention im lokalen Netzwerk - Jugendoffensive Merzig

Untersuchungsgegenstand

Projektorientierte Fortbildung für Polizei und ihre Kooperationspartner im Spannungsfeld von Prävention und Legalitätsprinzip einerseits und Bekämpfung der Zuwanderungskriminalität durch Einzelveranstaltungen andererseits.

So haben sich nach einem Start-Up-Workshop vier Arbeitsgruppen mit folgenden Themenbereichen gebildet:

- AG 1 Praktikums- und Ausbildungsbörse für ausländische Jugendliche
- AG 2 Einrichtung einer Elternschule für Aussiedlerinnen und Aussiedler
- AG 3 Team-Streifen
- AG 4 Kreativprojekt Lebenshilfe.

Untersucht wird die Gewaltaffinität unter der Einwirkung von Alkohol und Drogen insbesondere von jugendlichen Spätaussiedlern, aber auch ganz allgemein die Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Ziel des Projekts ist die Bildung von Netzwerken mit dem Leitthema: Netzwerke sind nicht existent - sie müssen sich langsam entwickeln. Durch die Einrichtung der Arbeitsgruppen sollen den Jugendlichen Lebensperspektiven eröffnet werden.

Forschungsmethoden

Expertenbefragung, Alltagsbeobachtung, Erstellung eines qualitativen Leidfadens (ist bereits im Internet als Website eingestellt)

Projektablauf

Der Projektbeginn war Januar 2005. Ursprünglich sollte das Projekt im Dezember 2005 enden. Nach einem im März 2006 durchgeführten Reflexionstag hat man sich für die Weiterführung des Präventionsprojektes bis 2007 entschieden.

Forschungsergebnisse

- Erstellung eines Leitfadens, der im Internet unter www.beratungskompass-merzig.de vorliegt
- Die praktische Umsetzung der Team-Streifen (Arbeitsgruppe 3) ist für das 2. Quartal 2006 avisiert. Es sollen schwerpunktmäßig die Jugendlichen mit Migrationshintergrund an von ihnen bevorzugten und bekannten Örtlichkeiten oder bei Veranstaltungen in Merzig angesprochen werden. Ziele sind der Abbau von Schwellenängsten, der Aufbau vertrauensvoller Beziehungen, die Zuführung in weitere Teilprojekte sowie der Abbau von Ausgrenzungstendenzen
- Auf Grund struktureller Probleme verliefen die Arbeitgruppen 1, 2 u. 4 zunächst wenig erfolgreich. Nach entsprechender Modifizierung entschloss man sich zur Weiterführung. Konkrete Ergebnisse liegen bisher nicht vor.

Besonderheiten

Kooperationsprojekt mit den Partnern Kreisstadt Merzig, Polizeibezirksinspektion Merzig, Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung e. V. (ASW) an der Universität Trier (Wissenschaftliche Betreuung und Evaluation)

Kosten/Finanzierung

3.600 EURO; Finanzierung erfolgt durch die Kreisstadt Merzig unter Beteiligung der Fachhochschule

Das Mikroprojekt "Gewaltprävention im lokalen Netzwerk Merzig" wird gefördert vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Aktualisierung 2006:

Im Rahmen des ESF-Bundes-Programmes "LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke" wurden weitere Finanzmittel (8.000 Euro für Juli 2006 bis Juni 2007) beantragt. Die Finanzierung wurde zugesichert.

Umsetzung

Dokumentation durch die Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung e. V. bei der Universität Trier (ASW) und Vorstellung der Evaluation in einer breiten Öffentlichkeit im Rathaus Merzig.

Kontakte

Fachhochschule für Verwaltung, Fachbereich Polizeivollzugsdienst, Rubensstraße 40, 66119 Saarbrücken
E-Mail: fhsv-wilhelm@land.slpol.de

Polizeiinspektion Merzig, Gutenbergstraße 30, 66663 Merzig
E-Mail: praepromzg@land.slpol.de

Kelly-Insel - Evaluation des Präventionsprojekts gegen sexuelle Gewalt an Kindern

Untersuchungsgegenstand

Evaluation des Präventionsprojekts gegen sexuelle Gewalt an Kindern

Forschungsmethoden

Statistische Analysen, Dokumentenanalysen, Aktenanalysen, Befragungen schriftlich und mündlich, Experten, 600 Fragebogen von Schülern und Lehrern, Kontroll- und Interventionsgruppen wurden ausgewertet

Projektablauf

Beginn der Evaluation im Juli 2004, Ende Juli 2005

Die Evaluation bezieht sich auf den Untersuchungszeitraum von April 2002 bis Dezember 2004.

Forschungsergebnisse

Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit durch Projektmaßnahmen. Ein Untersuchungsergebnis ist die Reduzierung von Tatgelegenheitsstrukturen.

Zusammenfassung der Ergebnisse der Zwischenevaluation im Präventionsprojekt „Ich sage Halt“ „Kelly-Insel - Ich helfe dir“ (Soziologin M.A. Ute Wolski, September 2005):

Eine der am schwierigsten zu beantwortenden Fragen bei der Evaluation eines derartigen Präventionskonzeptes ist sicher die, woran man Erfolg oder Wirkungsweise eines Projektes oder einer Maßnahme festmachen kann, wenn man keine quantitativen Vorher/Nachher-Vergleiche hat. Die Kriminalstatistik hat sich bezüglich des Deliktes während der Projektlaufzeit nicht geändert. Wenn ein Verbrechen dieser Art in einer Kommune geschieht, bedeutet es auch nicht, dass das allgemeine Bedrohungspotential hier besonders hoch war, oder dass in einer Nachbargemeinde ohne ähnliches Vorkommnis größere Sicherheit besteht. Das Nicht-Eintreten eines akuten Falles alleine bedeutet keine höhere objektive Sicherheitslage.

Wenn aber einige Kriterien die Ausübung eines derartigen Deliktes erleichtern (oder erschweren), beispielsweise kindliche Unbefangenheit, mangelnde Information und Aufmerksamkeit von Eltern und Erziehern, Tabuisierung des Themas, mangelnde Sozialkontrolle, „Wegschaumentalität“ usw., dann haben diese Merkmale etwas mit objektiver Sicherheit zu tun, bzw. sie sind geeignet, objektive Sicherheit zu beeinträchtigen.

Es ist somit davon auszugehen, dass ein Ansatz an diesen und ähnlichen Merkmalen zu einer Verbesserung der objektiven Sicherheitslage führen kann. Das bedeutet, dass zwar der absolute Ist-Zustand objektiver Sicherheit oder Unsicherheit hier nicht messbar ist, wohl aber Indikatoren für eine relative Verbesserung der Sicherheitslage gefunden werden können.

Das Projekt wurde bisher in 85 Klassen von 31 Schulen durchgeführt. An den Elternabenden nahmen rund 1.500 Personen teil.

Im Zusammenhang mit der Elternarbeit wurde versucht, bei Eltern mit und ohne Projektteilnahme durch wenige einfache Fragen herauszufinden, ob die Beantwortung nach der Projektteilnahme anders ausfällt als vorher. Von 90 Fragebögen für die Interventionsgruppe kamen 68 ausgefüllt zurück, von 61 Bögen bei der Kontrollgruppe waren es 52. Gefragt wurde, was Eltern ihren Kindern an Verhaltensregeln raten würden. Die Unterschiede zwischen den Elterngruppen mit und ohne Projekterfahrung waren nicht sehr groß. Erstaunlich aber war, dass selbst bei den Kontrollgruppen öfter die „Kelly“-Insel als Anlaufstation genannt wurde, was bedeutet, dass dieses Projekt in der Gesamtbevölkerung schon recht bekannt ist.

Im Schuljahr 2003/2004 waren ca. 60 Fragebögen an LehrerInnen der Grund- und Förderschulen verteilt worden, von denen allerdings nur 24 ausgefüllt zurückkamen, ein Rücklauf von ca. 40 %. Es wurde nach der Bewertung des Moduls Lehrerinformation gefragt, die mehrheitlich recht positiv ausfiel. Anregungen und Verbesserungsvorschläge konnten zwischenzeitlich aufgegriffen und umgesetzt werden.

Eine Schülerbefragung ergab wieweit die Lerninhalte der Polizei-Unterrichtsstunden aus Modul 3 verinnerlicht wurden. Die Fragen wurden von den Kindern in der Unterrichtsstunde beantwortet, unkorrigiert und mit entsprechenden Stilblüten. Alle 151 Fragebögen – 90 mit und 61 ohne Projekterfahrung – konnten ausgewertet werden. Auch hier waren in beiden Gruppen viele gute und richtige Antworten, wiederum ein Zeichen für die allgemeine Bekanntheit des Projektes. In der Grundschule in Bernhausen

nannten allein sechs von 19 SchülerInnen der Kontrollgruppe für den Notfall eine „Kelly-Insel“ als Anlaufstelle.

Der sportliche Teil im 4. Modul wurde von den Lehrern uneinheitlich bewertet; teils konnten die Stunden nicht entsprechend durchgeführt werden. Die stattgefundenen Übungen wurden allerdings recht positiv bewertet.

Zum Projekt „Kelly-Insel“ befragten im vergangenen November 23 PolizeischülerInnen Inhaber und Mitarbeiter der „Kelly-Inseln“ und ebenso Kunden und Passanten sowie Kinder nach Schulende.

Von den insgesamt 231 Fragebögen wurden 222 vollständig ausgefüllte ausgewertet. Das Konzept der „Kelly-Insel“ kannten 185 Befragte, also ca. 83 %. Von den Kindern der Hauptzielgruppe bis 13 Jahren kannten es alle 27 Mädchen, 2 befragte Jungen kannten es nicht. Die Beurteilung des Projektes und die Frage nach der Akzeptanz ergab eine hohe Zustimmung. Von 122 befragten „Kelly-Inseln“ hatten 18 bereits Erfahrungen mit hilfesuchenden Kindern gemacht. Hilfe gesucht hatten vier der befragten Kinder, zwei Mädchen und zwei Jungen.

Wenn durch das Projekt der Informationsstand bei Eltern, Lehrern und Kindern verbessert wird, wenn eine höhere Sensibilisierung insbesondere bei Erwachsenen erreicht und bei Schülern ein Verhaltensinstrumentarium aufgebaut werden kann, dann erreicht man eine höhere objektive Sicherheitslage. Auch das Netz von Kelly-Inseln und die hohe Bekanntheit und Akzeptanz des Projektes in der Gesamtbevölkerung tragen dazu bei.

Anhand der Evaluationsergebnisse kann man in diesem Fall von einer Verbesserung der objektiven Sicherheitslage durch das Projekt ausgehen.

Für eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls ergeben sich ebenfalls zahlreiche Indikatoren. Die tiefgreifende Verunsicherung in der Bevölkerung nach dem Sexualmord an der kleinen Alexandra, die hohe und fast hektische Nachfrage nach Beratung und Information, die unter anderem zu einem boomenden Anbietermarkt von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen geführt hatte, hat sich beruhigt. Die reißerischen Medienberichte sind einer sachlichen und kooperativen Berichterstattung bzw. Medienarbeit gewichen. Auch aus zahlreichen Gesprächs- und Befragungsergebnissen und nicht zuletzt aus der Akzeptanz der Kelly-Inseln ist dies zu schließen.

Mit dem Präventionsprojekt ist ein Gefühl gemeinsamer Verantwortlichkeit, Wachheit und guter Sozialkontrolle eingezogen, und das Netz der „Kelly-

Inseln“ als eine Art Ordnungssystem hat dieses Gefühl subjektiver Sicherheit sehr gefördert.

Selbst wenn bei Befragungen mehrfach erklärt wurde, dass Hilfe auch ohne „Kelly-Insel“-Logo selbstverständlich sei, so ist doch mit dieser Einrichtung das Hilfsangebot seitens der Anlaufstellen zusätzlich bestätigt und damit die Hemmschwelle herabgesetzt, dieses Hilfsangebot auch anzunehmen. Darüber hinaus gibt allein das Wissen um diese Möglichkeit ein relativ starkes Gefühl subjektiver Sicherheit.

Durch die breite Informationsarbeit der Polizei und ihre vielfältigen Kontakte ist schließlich das Vertrauen von Kindern und Erwachsenen in die Arbeit der Polizei und zu den Beamten als Ansprechpartner und „mobile Rettungsinseln“ gewachsen.

Weitere Entwicklung des Projektes

Im Rahmen dieser Prozessevaluation fand eine fortlaufenden Optimierung des Gesamtprojektes statt. Alle Anregungen wurden zeitnah umgesetzt, indem beispielsweise ergänzende Informationen zur Verfügung gestellt wurden, wie mit einem Missbrauchsverdacht umzugehen ist.

Fehlende Logos „Kelly-Insel“ wurden ergänzt und schadhafte Logos ausgetauscht, und auch die Kriterien bei ihrer Vergabe wurden neu überdacht. Zwischenzeitlich wurden sämtliche im Verlauf der Evaluation festgestellten Mängel beseitigt.

Die von vielen Bürgern nachgefragte Handlungsanweisung für den Fall, dass ein Kind bei einer Hilfestelle um Schutz und Hilfe nachsucht, wurde in Form eines Merkblattes umgesetzt. Es wird künftig regelmäßig einen newsletter für die „Kelly-Inseln“ und Projektpartner geben, der über die neuesten Ereignisse informiert, so dass auch individuelle Anfragen rasch beantwortet werden können. Dadurch ist eine kontinuierliche Betreuung der Projektpartner und Pflege des Gesamtprojektes gewährleistet.

Auch die Kritik einiger befragter Senioren, dass deren Anliegen und Themen durch die breite Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Kinderschutzes in den Hintergrund treten, wurde durch eine Zusammenarbeit mit dem Kreisseniorenrat und die Verknüpfung von Anliegen von Senioren mit den Themen des Kinderschutzes relativiert. So wurden sogenannte „Kelly-Mentoren“ bzw. „Kelly-Betreuer“ als Partner zwischen den „Kelly-Inseln“ und der Kommune gewonnen und für diesen Zweck fortgebildet. Entsprechende Öffentlichkeitsarbeit fand begleitend statt.

Ebenso wurde ein Fortbildungsangebot für Lehrkräfte an Grund- und Förderschulen, insbesondere für Sportlehrer in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt erstellt, um die Inhalte des Moduls Sportunterricht praxisnah und nachhaltig für das gesamte Schuljahr umzusetzen.

Auf Grund der Ergebnisse der Lehrerbefragung, dass muslimische Eltern im Projekt nicht gut erreicht wurden, ließ die Polizei das Hausaufgabenheft für Eltern in die türkische Sprache übersetzen, so dass es über die Lehrer an die türkisch sprechenden Eltern ausgeteilt werden kann.

Das bisherige Projekt im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention wurde durch die Gründung eines Fördervereins und den entsprechenden Strukturen auf eine solide Basis gestellt. Kriminalpräventive Ziele für den Kinder- und Jugendschutz werden neben dem Hauptzweck der sicheren Anlaufstellen für Kinder unterstützt und gefördert.

Interessant wäre hier die Frage, ob ein derartiges Kontrollnetz sich möglicherweise auch auf die Verhinderung oder Reduzierung anderer Delikte auswirken könnte, ob also eine bessere Sozialkontrolle beispielsweise auch die Zahl der Graffiti, Fahrraddiebstähle oder Einbrüche reduzieren könnte. Zumindest wäre nicht auszuschließen, dass es zu einem Verdrängungseffekt kommen könnte, was hier allerdings nicht mehr untersucht werden kann.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Zielvorgaben des Präventionsprojektes bisher weitgehend erreicht wurden. Die verbleibenden zwei oder mehr Jahre an Projektlaufzeit werden diese positiven Ergebnisse festigen. Eventuell werden sich auch Nachbarschulen oder Nachbargemeinden in das Konzept einbinden lassen. Je großflächiger ein derartiges Präventionsmodell angelegt ist, desto geringer wird die Gefahr von Verdrängungseffekten sein.

Mittlerweile konnte durch die vielseitigen Bemühungen der Projektbeteiligten der frühere Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Herr Prof. Dr. h. c. Lothar Späth, als Schirmherr für das Modul „Kelly-Insel“ gewonnen werden. Herr Prof. Späth ist zweiter Vorsitzender der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und bewertete das Projekt als vorbildlich und sagte seine Unterstützung zu.

Als Paten konnten für das Modul II (Lehrer) die Oberschulamtspräsidentin Frau Dr. Margaret Ruep und für das Modul IV (Sport) der Leichtathlet und Olympiasieger Tobias Unger gewonnen werden. Beide sagten ebenfalls ihre volle Unterstützung zu. Auch die Band Banaroo engagiert sich seit neuestem für die Zielgruppe der Kinder als „Paten“.

Zwischenzeitlich fanden sich auch Sponsoren, so dass es möglich wurde, die bundesweit erste mobile Anlaufstelle für Kinder in Form eines Kelly-Mobils mit Projektlogo und Beschriftung einzurichten. Das Kelly-Mobil, ein Pkw BMW, sorgt neben der ergänzenden Sicherheit der Kinder im Landkreis Esslingen für eine entsprechende Bewerbung des Projektes. Es wird auch bei Projektpräsentationen und Veranstaltungen eingesetzt.

Das Projekt „Kelly-Insel“ hat den unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler stehenden Deutschen Förderpreis Kriminalprävention 2005 erhalten. Die Jury, der auch der Präsident der Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, angehört, hat unter den mehr als 50 Bewerbungen für diesen Preis 5 Präventionsprojekte ausgezeichnet.

Das Projekt „Kelly-Insel“ habe sich unter anderem dadurch ausgezeichnet, dass es nachgewiesen wirksam ist und auf jede Stadt oder Gemeinde übertragen werden kann. Dies erspare Kosten und trage zu einer objektiven und subjektiven Verbesserung der Sicherheit in Städten und Gemeinden bei, so Klaus Stüllenberg, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Kriminalprävention, die den Förderpreis ausgelobt hat.

Besonderheiten

Das Projekt erhielt im September 200 5 in Münster den „Deutschen Förderpreis Kriminalprävention 2005“.

Kosten/Finanzierung

Fördergelder der Landesstiftung Baden-Württemberg (FJK); ehrenamtliches Engagement

Umsetzung

Publikationen, Lehrveranstaltungen, Medienerstellung (DVD), Tag der offenen Tür, Großveranstaltungen, Schulprojekte

Kontakte

Polizeidirektion Esslingen, Kriminalprävention, Agnespromenade 4,
73728 Esslingen
Internet: http://www.polizei-esslingen.de
E-Mail: esslingen.pd.kbst@pol-nw.bwl.de

Kriminalität in Bayerischen Oberzentren

Untersuchungsgegenstand

Untersuchung der Kriminalitätsverteilung in Bayern unter besonderer Berücksichtigung der Oberzentren und vor allem der Großstädte.

Ziel ist die Optimierung präventiver und repressiver polizeilicher Arbeitsweisen und Maßnahmen in den acht bayerischen Großstädten.

Forschungsmethoden

Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik; Experteninterviews

Projektablauf

Projektlaufzeit: 2004 bis 2007
Stand März 2006: Die PKS-Analysen sind abgeschlossen.

Forschungsergebnisse

s. "Umsetzung"

Kosten/Finanzierung

Neben den Personalkosten entstehen keine weiteren Kosten.

Umsetzung

Die Ergebnisse werden in Buchform und im Internet veröffentlicht.
Konkrete Umsetzungsmaßnahmen ergeben sich erst nach Projektschluss.

Kontakte

Bayerisches Landeskriminalamt, Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG), Maillingerstraße 15, 80636 München
Internet:
http://www.polizei.bayern.de/kriminalitaet/forschung/index.html

E-Mail:
blka.sg511@polizei.bayern.de

Kriminalität und Gewalt im Leben alter Menschen

Untersuchungsgegenstand

Konzeptioneller Ansatz

Ältere Menschen sind von Kriminalität und Gewalt in spezifischer Weise betroffen. Eine 1992 vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen mit Unterstützung des BMFSFJ durchgeführte Opferbefragung hat erstmals für die Bundesrepublik Deutschland verlässliche Daten zur Opferwerdung älterer Menschen im öffentlichen Raum und in familiären Kontexten bereitgestellt und die Komplexität der Genese derartiger Delikte, ihrer Folgen und ihrer individuellen Verarbeitung aufgezeigt. Aufgrund des methodischen Zuschnitts und der Stichprobenzusammensetzung waren die damaligen Befunde repräsentativ für die Gruppe der nicht pflegebedürftigen 60- bis 75-Jährigen.

Die aktuelle Studie knüpft an diese Opferbefragung an. Sie untersucht Viktimisierungserfahrungen älterer Menschen in alltäglichen Wohn- und Lebensumfeldern, erbringt mit dem zeitlichen Abstand von mehr als einem Jahrzehnt aktuelle Vergleichsdaten und setzt zugleich inhaltlich wie methodisch neue Akzente. Insbesondere kommt nun der Thematik von Gewalt- und Opfererfahrungen in häuslichen Pflegebeziehungen große Bedeutung zu.

Das Projekt besteht aus zwei Teilstudien (Modul 1: Viktimisierungserfahrungen, Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht im öffentlichen und privaten Raum in unterschiedlichen Lebensphasen; Modul 2: Viktimisierungserfahrungen im Kontext häuslicher Pflege), die methodisch voneinander differenziert, dabei inhaltlich aufeinander bezogen sind. Die Vorgehensweisen orientieren sich in beiden Modulen an den inhaltlichen und praktischen Anforderungen der jeweils im Kern fokussierten Thematik.

- Modul 1 schließt in modifizierter Form und unter stärkerer Einbeziehung hochaltriger Personen an die KFN-Opferbefragung 1992 an.
- Modul 2 greift mit starkem Akzent auf qualitativen Verfahren die auf dem Wege einer standardisierten Opferbefragung kaum zugängliche Thematik der Misshandlung und Vernachlässigung von Menschen auf, die zu Hause von Angehörigen bzw. ambulanten Diensten gepflegt werden.

Die Studie wird vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Kooperation mit der Universität Hildesheim und dem Deutschen Zentrum für Altersfragen (Berlin) durchgeführt.

Neben der Erhebung aktueller Prävalenz- und Inzidenzdaten zielt sie vor allem auf die Bearbeitung folgender Fragenkomplexe ab:

- Welche grundsätzlichen Herangehensweisen und Strategien empfehlen sich im Umgang mit dem Problem der Bedrohung älterer und pflegebedürftiger Menschen durch Kriminalität und Gewalt?
- Welches sind spezifische Merkmale der Opferwerdungsrisiken älterer und pflegebedürftiger Menschen und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus?
- Welche Maßnahmen empfehlen sich im Hinblick auf die Furcht älterer Menschen vor Kriminalität?
- Wie können älteren Menschen, die bereits Opfer von Kriminalität und Gewalt wurden, verbesserte Hilfen angeboten werden?
- Wie kann jenen älteren Kriminalitäts- und Gewaltopfern, die bislang als Opfer unerkannt blieben oder von vorhandenen Hilfeangeboten nicht erreicht wurden, effektive Unterstützung geboten werden?
- Welche gewalt- und kriminalpräventiven Maßnahmen empfehlen sich im Hinblick auf den Bereich der häuslichen Pflege?

Forschungsmethoden

Folgende Datensätze liegen vor bzw. stehen kurz vor Ende der Erhebungsphase:

- Bundesweite Opferwerdungsbefragung:

  Anfang 2005 wurden bundesweit 3.030 Personen der Altersgruppe 40 bis 85 Jahre nach ihren Erfahrungen mit Kriminalität und Gewalt befragt. Zusätzlich zu einer persönlich-mündlichen Befragung wurde eine auf die Thematik von Gewalterfahrungen durch Familien- und Haushaltsmitglieder konzentrierte schriftliche Befragung durchgeführt.

- Schriftliche Befragung ambulanter Pflegekräfte:

  Im Frühjahr 2005 wurde eine regional beschränkte schriftlich-postalische Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ambulanter Pflegedienste durchgeführt. Die Pflegekräfte wurden dabei als "Täter",

"Opfer" und "Informanten" befragt (Was haben die Pflegekräfte selbst an problematischem Verhalten gegenüber Pflegebedürftigen gezeigt? Was ist ihnen widerfahren? Was haben sie beobachtet bzw. wovon haben sie auf andere Weise Kenntnis erlangt?); Referenzzeitraum für alle drei Befragungsperspektiven waren jeweils die letzten 12 Monate. Es liegen 503 ausgefüllte Fragebögen vor.

- Interviews in häuslichen Pflegebeziehungen:

  Eine qualitative Interviewstudie zielt darauf ab, die subjektive Realität häuslicher Pflegebeziehungen multiperspektivisch zu beschreiben, mit thematischen Schwerpunkten auf Belastungen, Konfliktpotenzialen und manifesten Konflikten, Aggressionen, Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung (bzw. deren Abwesenheit). Anhand des empirischen Materials werden Konzepte zur Entstehung und Vermeidung von Gewaltrisiken in der familiären Pflege entwickelt. Die im November 2005 begonnene Datenerhebung erfolgt über leitfadenorientierte Interviews mit Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen und MitarbeiterInnen ambulanter Pflegedienste, in einigen Fällen auch mit in anderer Weise professionell mit dem jeweiligen Pflegesetting befassten Personen. Die Interviews werden im familiären Setting bzw. bei professionellen Pflegekräften am Arbeitsplatz durchgeführt. Zum Berichtszeitpunkt waren mehr als 100 Interviews geführt; die vollständige Stichprobe wird ca. 130 bis140 Gespräche umfassen.

Forschungsergebnisse

Zum Berichtszeitpunkt (Februar 2006) ist die Studie in der Phase der Datenerhebung und Datenaufbereitung, so dass Ergebnisse hier noch nicht dargestellt werden können.

Kontakte

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN),
Lützeroderstraße 9, 30161 Hannover
Internet: http://www.kfn.de
E-Mail: kfn@kfn.uni-hannover.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat 503 - Prävention von Kriminalität, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Internet: http://www.bmfsfj.de

Richtlinien zur Förderung der Diversion bei jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten in Schleswig-Holstein

Untersuchungsgegenstand

Untersuchungsziel ist die wissenschaftliche Evaluierung der am 15.06.1998 in Kraft getretenen Richtlinie Schleswig-Holsteins zur Förderung der Diversion bei jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten im Hinblick auf Effizienz und Rechtsstaatlichkeit.

Polizeibeamte haben bei für Diversion geeigneten Straftaten nach der Richtlinie eine Einstellung des Verfahrens nach § 45 JGG durch die Staatsanwaltschaft vorzubereiten, indem sie

- mit den Jugendlichen oder Heranwachsenden anlässlich der verantwortlichen Vernehmung ein normverdeutlichendes erzieherisches Gespräch führen (Nr. 3.1.1 der Richtlinie) – Vorbereitung einer Einstellung nach § 45 Abs. 1 JGG
- sofortige Maßnahmen an Ort und Stelle anregen, wie etwa Entschuldigung oder Schadenswiedergutmachung beim Opfer (Nr. 3.1.1.1 der Richtlinie) – Vorbereitung einer Einstellung nach § 45 Abs. 1 JGG
- darüber hinausgehende erzieherische Maßnahmen – möglichst telefonisch – der Staatsanwaltschaft vorschlagen, ihre Zustimmung hierzu einholen, die Maßnahme beim Beschuldigten anregen und bei dessen Einverständnis ggf. ihre Durchführung feststellen (Nr. 3.1.1.2 der Richtlinie) – Vorbereitung einer Einstellung nach § 45 Abs. 2 JGG.

Forschungsmethoden

Im Rahmen einer Aktenanalyse wurden 300 nach § 45 JGG behandelte Fälle des ersten Halbjahres 2000 aus den Staatsanwaltschaftsbezirken Kiel, Lübeck, Itzehoe und Flensburg ausgewertet. Untersucht wurden insbesondere die Zeit und der Arbeitsaufwand, die das neue Verfahren in Anspruch nimmt, auf welche Fälle es angewendet wird, welche Maßnahmen von der Polizei vorgeschlagen werden und wie die Staatsanwaltschaft damit umgeht. Als Vergleichsgruppe dienen Fälle aus dem ersten Halbjahr 1998, die nach den alten Diversionsrichtlinien bearbeitet wurden.

Zusätzlich wurden Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte sowie die Jugendgerichtshilfe zur Anwendung und Akzeptanz der Richtlinien schriftlich befragt. Auch die Wirkungen des normverdeutlichenden Gesprächs auf die Beschuldigten sind durch Einzelinterviews untersucht worden.

Projektablauf

2001 bis 2005

- Die Erhebungsphase wurde 2002 abgeschlossen.
- Interner Bericht lag im Frühjahr 2005 vor.
- Die Publikation erschien im Januar 2006 (s. Forschungsergebnisse).

Forschungsergebnisse

Aktualisierung März 2006:
Siehe den Abschlussbericht: Grote, Christian (2006). Diversion im Jugendstrafrecht: Effizienz und Rechtsstaatlichkeit der Richtlinien in Schleswig-Holstein. (Kriminologie und Praxis; 49). Wiesbaden: KrimZ

Umsetzung

- Vortrag und Erörterung auf der KrimZ-Fachtagung „Neue Konzepte der Kriminalpolitik“ vom 7. bis 9. Mai 2003
- Abschlussbericht: s. "Forschungsergebnisse"

Kontakte

Kriminologische Zentralstelle e. V., Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden
Internet: http://www.krimz.de
E-Mail: info@krimz.de

Christian-Albrechts-Universität Kiel, Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention, Neufeldtstraße 32, 24118 Kiel
Internet: http://www.uni-kiel.de
E-Mail: mail@uni-kiel.de

Landeskriminalamt Schleswig-Holstein, Hauptsachgebiet 110, Mühlenweg 166, 24116 Kiel
Internet: http://www.polizei.schleswig-holstein.de

Abfallwirtschaftskriminalität im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung - eine empirische und rechtsdogmatische Studie

Untersuchungsgegenstand

Aktualisierte Beschreibung 2006:

Mit dem vorliegenden Forschungsbericht werden erstmals eine empirische Untersuchung und ein Rechtsgutachten zur grenzüberschreitenden Abfallwirtschaftskriminalität vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung und der am 1. Juni 2005 in Deutschland in Kraft getretenen Reform des abfallrechtlichen Entsorgungsstandards vorgelegt. Der Begriff „Abfallwirtschaftskriminalität“ erfasst alle kriminologischen Phänomene auf dem deutschen und europäischen Entsorgungsmarkt, die sich je nach Fallgestaltung als Gemengelage aus Umwelt-, Wirtschafts- und Korruptionsstraftaten sowie kartellrechtlichen Verstößen darstellt und markttechnisch neben Entsorgungsvorgängen kommunale Pflichtenübertragungen und den Entsorgungsanlagenbau einbezieht. In den Untersuchungsbereich des Forschungsberichts einbezogen sind alle Formen grenzüberschreitender Abfallverschiebung, die sowohl Import- als auch Exportvorgänge in Richtung der osteuropäischen EU-Beitrittstaaten umfassen.

Im Hinblick auf die EU-Osterweiterung wird unterstellt, dass sich die in Deutschland registrierte Kriminalität auf dem Entsorgungsmarkt grundsätzlich auf die neuen Mitgliedsländer übertragen lässt. Die dortigen Märkte unterliegen im Zuge der Übernahme des EU-Rechtsregimes bereits heute oder in naher Zukunft den gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen. Ferner kann davon ausgegangen werden, dass sich analoge organisatorische sowie verfahrenstechnische Modelle der Abfallentsorgung in den neuen Mitgliedstaaten etablieren. Es wird also eine Angleichung der Märkte mit vergleichbaren Fallkategorien vermutet.

Von besonderem Interesse ist die Frage, ob das bestehende Rechtsinstrumentarium eine ausreichende Handhabe gegen illegale grenzüberschreitende Abfallverbringungen bereitstellt. Die rechtsdogmatische Studie beschäftigt sich daher eingehend mit den einschlägigen, zum Teil hoch komplizierten europa-, verwaltungs- und strafrechtlichen Bestimmungen, zeigt anhand bestehender Gesetzgebungs-

und Vollzugsdefizite den Handlungsbedarf für Kriminalpolitik und Strafverfolgungsbehörden auf und unterbreitet konkrete Lösungsvorschläge. Der Forschungsbericht liefert eine Fülle von rechtstatsächlichen und rechtsdogmatischen Erkenntnissen, die es kriminalpolitisch durch den Gesetzgeber bzw. in der Rechtspraxis durch Gerichte, Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden umzusetzen gilt.

Forschungsmethoden

- Experteninterviews aus den Bereichen: Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Strafverfolgung
- Analyse der entsprechenden Statistiken
- Auswertung der einschlägigen Literatur

Aktualisierung 2006:

- rechtswissenschaftliche Auswertung der aktuellen Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltungs-, Polizei- und Strafverfolgungspraxis

Projektablauf

1. empirische Studie von April 2004 bis Mai 2005
2. rechtsdogmatische Studie von Oktober 2005 bis Januar 2006

Forschungsergebnisse

Aktualisierung 2006: Die Gesamtstudie ist abgeschlossen.

Besonderheiten

Aktualisierung 2006:

- Der empirische Teil der Studie wurde in Kooperation mit der Fachdienststelle Umweltkriminalität des BKA (OA 35) durchgeführt.
- Der rechtsdogmatische Teil wurde als Vergabeprojekt durchgeführt.

Kosten/Finanzierung

Aktualisierung 2006: 20.000 EURO für den Vergabeteil

Umsetzung

Aktualisierung 2006:
Das Projekt wird 2006 in der Reihe Polizei + Forschung veröffentlicht werden.

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 14, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI14@bka.bund.de

Geldbeschaffungsbetrug in den 10 neuen Mitgliedsländern der EU

Untersuchungsgegenstand

Praxisbedürfnis

Vor dem Hintergrund des nach wie vor bestehenden großen Informationsbedarfs zur Entwicklung der Kriminalität im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung erscheint insbesondere die detaillierte Aufhellung einzelner Deliktsbereiche wie z. B. des Geldbeschaffungsbetruges sinnvoll.

Es können fundierte Erkenntnisse gewonnen werden, die Ansätze für präventive und repressive Maßnahmen bieten. Dabei sind die Bezüge zu Deutschland von höchstem Interesse.

Vorerfahrungen:

In dem Projekt werden die im Forschungsinstitut zur Wirtschaftskriminalität in den vergangenen Jahren entwickelten Befragungsinventare für die verschiedenen Zielgruppen (Interviewleitfäden und Fragebögen) zu Grunde gelegt, nachdem sie in die jeweilige Landessprache übersetzt worden sind.

Vorarbeiten:

Das Projekt schließt nahtlos an das vorausgehende Forschungsprojekt „Kapitalanlagebetrug im Europa der Währungsunion des EURO“ gemäß Vertrag des BKA vom 05.02.2001, ZV 23 – 115/54401/25/0 und Ergänzungsvertrag vom 22.04.2003, ZV 22 – 214/205812/2002, an.

Die Vorarbeiten sind in Form einer Pilotstudie seit Jahresbeginn 2004 in den neuen Beitrittsländern in Zusammenarbeit mit KI 12 des BKA erfolgt.

Bei den 10 neuen Mitgliedsländern der EU handelt es sich um wirtschaftlich und politisch zunehmend kapitalorientierte Staaten. Die im Gange befindlichen Verflechtungen dieser Finanzmärkte mit dem oder denen des Europäischen Wirtschaftsraumes der EU (EWR) werden vor allem während der Anlaufzeit der ersten drei bis fünf Jahre mit Gewissheit auch Leute in deren regulierten, vor allem aber in deren nichtregulierten Bereiche auf den Plan rufen, die mit ihrer kriminellen Kreativität jede sich bietende Chance nutzen, um andere in den finanziellen Ruin zu treiben, um sich selbst unrechtmäßig zu bereichern. Dieses wird Auswirkungen auf

grenzüberschreitende Kapitalflüsse ebenso haben wie Folgen für die betroffenen privaten wie kommerziellen Anleger und Kreditnehmer, für die Banken, die Versicherer und im Zusammenhang mit kriminellem Handeln für die Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, um nur die Wichtigsten hervorzuheben.

Forschungsmethoden

Täter-, Opfer- und Expertenbefragungen sowie Auswertungen von Internet- und Printmaterialien.

Projektablauf

Laufzeit: 01.01.2005 bis 01.04.2006

Forschungsergebnisse

Aktualisierung 2006: Der Abschlussbericht liegt vor, er wird zur Zeit redaktionell umgesetzt.

Besonderheiten

Anlässlich einer Präsentation der bisherigen Ergebnisse im Juli 2004 wurde aus präventiv polizeilicher Sicht die Weiterführung des Forschungsprojektes als wünschenswert erachtet, da auf Grund der EU-Osterweiterung eine zunehmende Ausbreitung der bisher westlich geprägten Deliktsfelder des Geldbeschaffungsbetruges in die neuen östlichen Mitgliedsländern zu erwarten ist. Wichtig ist hier, zeitnah Präventionsmöglichkeiten zu entwickeln. Dies erfordert eine umfassende empirische Untersuchung vor Ort in den jeweiligen Ländern, vor allem die Erforschung der Gründe für das Täter- und Opferverhalten.

Kosten/Finanzierung

50.000 EURO

Umsetzung

Aktualisierung 2006:
Publikation in der BKA-Reihe "Informationen aus dem Kriminalistischen Institut" (sog. "Gelbe Reihe") 2006

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 14, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI14@bka.bund.de

Illegale Handlungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Krediten

Untersuchungsgegenstand

Gegenstand der Untersuchung war in erster Linie die Rolle des unseriösen Kreditvermittlers. Die Kreditkundenwerbungen bzw. -überrumpelungen seitens des unseriösen Kreditvermittlers wurden untersucht.

Ziel der Untersuchung war es, die Position der Beteiligten im Zusammenhang mit der Vermittlung von Konsumentenkrediten zu durchleuchten und Empfehlungen für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung, insbesondere aber für die Prävention zu erarbeiten.

Forschungsmethoden

Interviews (Opfer), Expertenbefragungen (kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter, Mitarbeiter von Banken und Schuldnerberatungsstellen), Literaturanalyse, statistische Auswertungen, Untersuchung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Projektablauf

Projektbeginn: 1994
Projekt ist abgeschlossen

Forschungsergebnisse

Aufgrund der aktuellen angespannten wirtschaftlichen Situation steigt die Nachfrage nach Krediten, insbesondere in Hinblick auf die Umschuldung bestehender, in wirtschaftlich besseren Zeiten aufgenommener Verpflichtungen weiter an.

Vor diesem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Entwicklung und auch vor dem Hintergrund der Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte und der sich in diesem Zusammenhang ständig ändernden Rahmenbedingungen wird dem Phänomen des Kreditvermittlungsbetrugs in den vielfältigen Facetten seiner Ausprägung zunehmende Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Kreditvermittlungsbetrug kann sich in Form von Prospektbetrug, Anlagebetrug, Umschuldungsbetrug, Provisionsbetrug, Wucher und weitern Formen des Betruges äußern. Im Zuge einer Handlung können dabei mehrere

Geschädigte betroffen sein. Die "Kreditangebotspalette" ist vielfältig. Sie reicht häufig von Kleinkrediten (Konsumenten-/ Hausfrauenkredite) meist zwischen 3.000 und 6.000 Euro bis zu Kreditangeboten in Höhe von bis zu mehreren Millionen Euro zur Existenzgründung bzw. -erhaltung. Auch ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen. Die Gründe für das Nichtanzeigen solcher Taten dürften häufig in Schamgefühlen und Verärgerung über das eigene Verhalten liegen.

Neben der "klassischen Kontaktaufnahme" seitens des Kreditvermittlers über Zeitungs- und Zeitschriftenannoncen gewinnt die Kontaktaufnahme via Internet immer größere Bedeutung. Das Internet ermöglicht dem illegal handelnden Kreditvermittler, dasselbe Angebot unter beliebig vielen Firmenbezeichnungen zu platzieren und damit "sein Kundenpotenzial" zu erhöhen. Dem Täter gelingt es durch "geschickte" Eloquenz, ein besonderes Vertrauensverhältnis gegenüber dem potenziellen Opfer aufzubauen.

Prävention im Bereich des Kreditvermittlungsbetruges bedeutet daher in erster Linie permanente Aufklärung der potenziellen Opfer. Diese Aufklärungsarbeit kann effektiv nur in Kooperation aller betroffenen (staatlichen und gesellschaftlichen) Institutionen erfolgen.

Besonderheiten

Die Ergebnisse werden in Bezug auf neue Phänomene des Kreditvermittlungsbetrugs sowie auf die Entwicklung der Konsumentenkredite ständig aktualisiert.

Kosten/Finanzierung

Eigenprojekt

Umsetzung

Publikationen:

- Ergebnisse des Forschungsprojektes in der BKA-Reihe "Informationen aus dem Kriminalistischen Institut (Gesamtverzeichnis 10.22): Bundeskriminalamt (Hg.), Risch, Hedwig, Kreditvermittlungsbetrug, Illegale Handlungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Krediten, Eine empirische Studie zur Phänomenologie des Kreditvermittlungsbetruges im Spiegel der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, 2000 (152 Seiten)

- Polizeispiegel, Hefte 11 und 12 / 2002
- Kriminalistik, Heft 12/2003

Vorträge:

- anlässlich des BKA-Forums KI 1 - 2000: "Illegale Handlungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Krediten" (Hedwig Risch, BKA); veröffentlicht in der Reihe "Informationen aus dem Kriminalistischen Institut": Forum 2000
- Vorstellung der Ergebnisse im Rahmen der kriminalpolizeilichen Spezialausbildung Wirtschaftskriminalität des Bundes und der Länder, vor Ratsanwärtern und Fachhochschülern des Bundes und der Länder sowie im Rahmen von Arbeitstagungen in der Schuldnerberatung

Aktualisierung 2004:
Die Präventionsergebnisse sind Grundlage des Präventionsfaltblattes "Geldsorgen" der Projektgruppe Wirtschaftskriminalität der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) des Bundes und der Länder.

Aktualisierung Juni 2006:
Die Ergebnisse der Studie fließen in die Maßnahmen des Netzwerkes "Gewusst wie", einer Veranstaltung der nordrhein-westfälischen Landesregierung ein.

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 14, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI14@bka.bund.de

Polizeiliche Bearbeitung von Insolvenzkriminalität

Untersuchungsgegenstand

Der komplette Arbeitstitel des Projektes:

Polizeiliche Bearbeitung von Insolvenzkriminalität - Grundlagen und Differenzen für eine verbesserte Ermittlungstätigkeit unter Berücksichtigung der Tendenzen einer organisierten Wirtschaftskriminalität und einer einheitlichen Strafverfolgung bei Unternehmensinsolvenzen im EU-Bereich

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Belastung der Wirtschaftsdienststellen in den Ländern durch Ermittlungen im Insolvenzbereich (80 Prozent der Ermittlungen in den Wirtschaftsdienststellen betreffen die Bearbeitung von Insolvenzkriminalität) ist die Notwendigkeit der empirischen Aufarbeitung des Gesamtkomplexes aus Sicht der Polizeipraxis unbedingt erforderlich.

Im Rahmen von Unternehmenszusammenbrüchen müssen sich die Strafverfolgungsorgane in zunehmend größerem Umfang mit der so genannten Insolvenzkriminalität beschäftigen. Dies führt auch zu schwerwiegenden Ermittlungsproblemen in diesem Bereich (z.B.„spezielle Kenntnisse des Wirtschaftslebens“, „Buchführungs- und Bilanzkenntnisse“, „internationaler Zahlungsverkehr“ oder „Bewertungsproblemen von Vorräten und Immobilien“).

Vor dem Hintergrund einer erwünschten einheitlicheren Strafverfolgung (i.e.S. Rechtsangleichung) und damit einhergehend mit den Bemühungen einer Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten erhalten die genannten Probleme mit wirtschaftlichen Unternehmenszusammenbrüchen eine weitere Brisanz.

Die Untersuchung bezieht sich auf die Bundesrepublik Deutschland sowie in ihrem europäischen Teil auf die Länder Österreich, Luxemburg, Niederlande und Belgien. Als EU-Beitrittskandidaten ist an Ungarn und die Slowakei gedacht.

Forschungsmethoden

- Experteninterviews: Polizei, Staatsanwälte, Insolvenzrichter, Insolvenzverwalter

- Aktenanalysen, Literatur- und Gesetzesanalysen

Projektablauf

Laufzeit: 01.08.2004 bis 15.11.2006

Forschungsergebnisse

Aktualisierung Juni 2006: Zur Zeit wird der Abschlussbericht erstellt.

Besonderheiten

Kontinuierliche empirische Erforschung der Insolvenzkriminalität seit 1992

Kosten/Finanzierung

102.000 EURO

Umsetzung

Die Forschungsergebnisse sollen 2007 in der Reihe Polizei + Forschung veröffentlicht werden.

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 14, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI14@bka.bund.de

Curriculumforschung

Untersuchungsgegenstand

Das Ziel besteht in der Umsetzung einer fallorientierten Ausbildung.

Projektablauf

Projektbeginn war Januar 1999. Das Projekt ist abgeschlossen.

Forschungsergebnisse

Das Ergebnis wurde im Duncker & Humblot-Verlag in der Reihe "Soziologische Schriften" publiziert. Bibliografische Angaben:

Ley, Thomas (2004): "Objektive Hermeneutik in der Polizeiausbildung. Zur sozialwissenschaftlichen Grundlegung eines Curriculums". Berlin

Informationen zu weiteren Forschungsaktivitäten finden Sie unter
www.soziologie-analyse-intervention-frankfurt.de

Umsetzung

in der polizeilichen Ausbildung
Publikation: s. Forschungsergebnisse

Kontakte

Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung,
- Fachbereich Polizei -, Friedenssiedlung 6, 98617 Meiningen

Entwicklung der Schießfertigkeit im Verlauf des Studiums an der VFH

Untersuchungsgegenstand

Zum theoretischen Hintergrund und Bedeutung der Studie:

Im Rahmen des Studiums erwerben die Studenten innerhalb der Schießausbildung Schießfertigkeiten. Wie sich diese Fertigkeiten im weiteren Verlauf des Studiums entwickeln ist bisher empirisch nicht erfasst worden. Diese Entwicklung ist jedoch zentral für die Festsetzung der Schießanteile im Rahmen des Einsatztrainings in den späteren Studienabschnitten. Weiterhin gibt es bisher keine gesicherten Erkenntnisse, wie sich Schießfertigkeiten allgemein über die Zeit hinweg entwickeln. Erkenntnisse hierzu können neben der Bedeutung für das Studium an der VFH ebenso Auswirkungen auf die Fortbildung im praktischen Polizeidienst haben.

Forschungsmethoden

Längsschnittliche Beobachtung von mehreren Studiengruppen mit Messung der Schießergebnisse unter verschiedenen Bedingungen bzw. bei verschiedenen Schießübungen

Projektablauf

ca. 06/2005:	Ersterhebung der Ausgangsleistungen Gruppe 1
ca. 10/2005:	1. Nacherhebung der Gruppe 1
ca. 01/2006:	Ersterhebung der Ausgangsleistungen Gruppe 2
ca. 05/2006:	1. Nacherhebung der Gruppe 2
ca. 09/2006:	2. Nacherhebung der Gruppe 1
ca. 02/2006:	2. Nacherhebung der Gruppe 2
ca. 06/2007:	3. Nacherhebung der Gruppe 1
ca. 12/2007:	3. Nacherhebung der Gruppe 2
1/2008:	Abschluss der Gesamtstudie mit Schlussbericht

Kosten/Finanzierung

Eigenfinanzierung

Sonstige

Umsetzung

Ergebnisse der Studie werden an entsprechenden Stellen (Tagungen, Seminare etc.) vorgestellt und in Fachzeitschriften und -Büchern publiziert. Weiterhin sind Darstellungen im Internet (Internetseiten der Verwaltungsfachhochschule und der Polizei Hessen) geplant. Selbstverständlich sollen die Ergebnisse in die Lehre (Einsatztraining u. ä.) einfließen.

Kontakte

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Fachbereich Polizei,
Abteilung Gießen, Talstraße 3, 35394 Gießen
E-Mail: fbpol.gi@vfh-hessen.de

Extremismen in biographischer Perspektive (EbiP)

Untersuchungsgegenstand

Systematischer Vergleich der Biographien von Akteuren aus unterschiedlichen terroristischen/extremistischen Milieus (lins/rechts/islamistisch)

Forschungsmethoden

Datenerhebung mittels narrativer Interviews; Auswertung über qualitative Inhaltsanalyse (computergestützt)

Projektablauf

Beginn: Ende 2003
Ende der Datenerhebung: 30.09.2006

Abschlussbericht:
II. Quartal 2007 (zu Beginn erhebliche Verzögerung aufgrund von Schwierigkeiten beim Feldzugang)

Forschungsergebnisse

aktuell keine Aussage möglich

Besonderheiten

vergleichende Analyse unterschiedlicher terroristischer / extremistischer Milieus

Kosten/Finanzierung

bis max. 60.000 Euro (finanziert durch BKA)

Umsetzung

Publikationen, vereinzelte Sonderauswertungen für andere Fachbereiche im Haus, Vorträge etc.

Sonstige

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 11, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: Ki11FTE@bka.bund.de

Mehrfach- und Intensivtäter in Hessen

Untersuchungsgegenstand

Statistische Zahlen belegen, dass Mehrfach- und Intensivtäter (MIT) der Gesellschaft einen überproportional großen Schaden zufügen und die Strafverfolgungsorgane überproportional belasten. Zudem erwecken die Straftaten, die von diesem Täterkreis begangen werden, besonderes öffentliches Interesse und beeinträchtigen damit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in besonderem Maß.

Zur Strafverfolgung von Mehrfach- und Intensivtätern im Bereich der Massen- und Straßenkriminalität hat das Land Hessen mit dem Erlass der gemeinsamen Richtlinien des Justiz- und Innenministeriums im Herbst 2002 auf die in den letzten Jahren gewachsene Problematik reagiert.

Auf der Grundlage der bei der Polizei und den Staatsanwaltschaften gesammelten Erkenntnisse soll präziser als bisher geklärt werden, was die Gruppe der Mehrfach- und Intensivtäter, die in das hessische MIT-Programm aufgenommen wurden, kennzeichnet, was die Ursachen für ihren Werdegang sind, was sie von den nicht Auffälligen sowie den Einfach- und Episodentätern unterscheidet und wie und unter welchen Bedingungen es immer wieder zu Neueinstiegen in entsprechende Karrieren kommt.

Forschungsmethoden

Projektskizze befindet sich in Bearbeitung. Vorgesehen sind (u. a. in Abhängigkeit von finanziellen Mitteln):

- statistische Analyse
- Aktenanalyse
- Expertenbefragung
- evtl. Täterbefragung

Projektablauf

Der Einstieg in die Pilotphase erfolgte im Dezember 2005. Der Projektablauf und die -dauer werden von den Ergebnissen der Pilotphase und auch maßgeblich von der weiteren Personal- und Finanzmittelausstattung abhängen.

Sonstige

Kosten/Finanzierung

Eigenmittel

Kontakte

Hessisches Landeskriminalamt, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (KKFoSt), Hölderlinstr. 1 - 5, 65187 Wiesbaden
E-Mail: KKFoSt.HLKA@polizei.hessen.de

Monitoringsystem Terrorismus - Extremismus (MoTE)

Untersuchungsgegenstand

Entwicklung eines Instruments zur Beobachtung und Prognose von Trendentwicklungen in den Bereichen Links-, Rechts- und Islamistischer Terrorismus/Extremismus

Forschungsmethoden

Methodenplural angelegte Studie / unterschiedliche Machbarkeitsstudien

Projektablauf

Nach der Durchführung von ca. 1-2jährigen Erprobungsvorhaben, langfristig zu implementierendes Prognoseinstrument auf sozialwissenschaftlicher Basis

Forschungsergebnisse

aktuell noch keine Aussage möglich

Besonderheiten

Beim hier erläuterten Projekt handelt es sich um ein Dachprojekt zu einer Vielzahl von durchzuführenden Machbarkeitsstudien.

Kooperationspartner:
Hochschulprofessoren unterschiedlicher Fachrichtungen mit Spezialisierung auf das Phänomenfeld Terrorismus/Extremismus

Kosten/Finanzierung

noch nicht genau bezifferbar

Umsetzung

Berichte, Publikationen (evtl. nur für den Dienstgebrauch), Vorträge u. ä.

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 11, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: Ki11FTE@bka.bund.de

Rechtliche, rechtspolitische und polizeipraktische Bewältigung der defizitären Rechtslage im Zusammenhang mit Mindestspeicherfristen für Telekommunikations-verbindungsdaten

Untersuchungsgegenstand

Rechtsänderungen, insbesondere in der Eingriffsverwaltung, lassen sich nur durch fundierte, aussagekräftige Ergebnisse der Rechtstatsachenforschung verwirklichen. Aus diesem Grund kommt diesem Forschungsprojekt sowohl eine hohe rechtspolitische als auch praktische Bedeutung zu. Ziel des Projektes war die rechtswissenschaftliche Aufbereitung zu der Thematik "Einführung von Mindestspeicherungsfristen" für Verkehrsdaten der Telekommunikation im nationalen Bereich sowie die Erhebung umfassender Rechtstatsachen, welche die rechtspolitische Forderung zur Einführung von Mindestspeicherungsfristen aussagekräftig belegen. Nach derzeitiger Rechtslage besteht keine Verpflichtung, sog. Verkehrsdaten zu Zwecken der Strafverfolgung für eine gewisse Dauer zu speichern. Dies führt in der polizeilichen Praxis zu Ermittlungsschwierigkeiten. Durch die Erhebung von Rechtstatsachen sollen diese Defizite nachvollziehbar bewiesen werden.

Forschungsmethoden

Literaturanalysen/-auswertung, Rechtstatsachenerhebung und -auswertung

Projektablauf

Mai bis November 2005

Forschungsergebnisse

Der Abschlussbericht, basierend auf der rechtstatsächlichen Erhebung, soll den politischen Entscheidungsträgern als Argumentationsgrundlage dienen, entsprechende gesetzliche Regelungen vor dem Hintergrund des Entwurfs eines EU-Rahmenbeschlusses (europaweit) einzuführen. Insofern hat das Projekt nicht nur nationale, sondern auch internationale Relevanz und genießt eine hohe Priorisierung. Insbesondere im Rahmen der politischen Beratung durch die RETASAST ist dieses Projekt geeignet, die Interessen der Polizei angemessen und nachweisbar durchzusetzen.

Kosten/Finanzierung

insgesamt 7.800 Euro

Umsetzung

Publikation des Ergebnisberichtes

Kontakte

Bundeskriminalamt, Gruppe KI 1 - Kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Fachbereich KI 15, 65173 Wiesbaden
Internet: http://www.bka.de
E-Mail: KI15@bka.bund.de

Schießen auf flüchtende Personen

Untersuchungsgegenstand

Zum theoretischen Hintergrund und Bedeutung der Studie:

Im HSOG und ähnlich im Polizeirecht anderer Länder wird ergänzt durch die Prüfung der Verhältnismäßigkeit u. a das Schießen auf flüchtende Personen geregelt. Dabei könnte eine realistische Betrachtung der möglichen Schießergebnisse in dieser Situation das Ergebnis der rechtlichen Erwägungen beeinflussen und damit über Schießen vs. Nicht-Schießen entscheiden. Es ist deshalb in Erfahrung zu bringen, welche Schießleistungen in solch einer Situation zu erwarten sind. Es wird deshalb angestrebt, solch eine Situation zu simulieren und die entsprechenden Schießergebnisse zu erfassen. Dies dient dann im weiteren als Grundlage für eine elaboriertere rechtliche Diskussion.

Forschungsmethoden

Verhaltensbeobachtung, systematische Erfassung von Leistungen in einer Simulation, umfassende rechtswissenschaftliche Aufarbeitung unter Einbezug der experimentell gewonnenen Ergebnisse

Projektablauf

03/2005 - 12/2005:	Vortests: Erhebung der Schießleistungen
ab 09/2006:	Erhebung der Schießleistungen
ab 01/2007:	Auswertung der gewonnenen Daten mit anschließender juristischen Verarbeitung
ca. 05/2007:	Abschluss der Gesamtstudie mit Schlussbericht

Kosten/Finanzierung

Eigenfinanzierung

Kontakte

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Fachbereich Polizei,
Abteilung Gießen, Talstraße 3, 35394 Gießen
E-Mail: fbpol.gi@vfh-hessen.de

Virtueller Tatort

Untersuchungsgegenstand

Im Rahmen des Kooperationsprojektes soll festgestellt werden ob es möglich ist, ein Autorentool zu erstellen, mit dem verschiedene Tatortsituationen dreidimensional am Computer dargestellt und bearbeitet werden können. Studenten und Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen sollen am PC den objektiven Tatortbefund (später eventuell auch den subjektiven Tatbefund) erheben und dokumentieren. Die Erhebung des Tatbefundes soll unter Beachtung rechtlicher, taktischer und kriminaltechnischer Aspekte erfolgen. Eine Auswertung der Tatbefunderhebung soll dem Benutzer Hinweise zur qualitativen Verbesserung geben.

Forschungsmethoden

Szenario-Technik

Projektablauf

Beginn 2005; erstes einfaches Szenario soll Mitte/Ende 2006 erstellt sein

Forschungsergebnisse

Gegenwärtig wird festgestellt, ob und - wenn ja - wie sich kriminalistisch relevante Spuren am PC darstellen und bearbeiten lassen (Dakty, Flüssigkeiten, Schuhabdruck, ...).

Kosten/Finanzierung

Derzeit wird das Projekt ohne besondere Kosten vorangetrieben. Ob im weiteren Verlauf Kosten, z. B. für Computertechnik (z. B. Grafikkarten etc.) anfallen, kann derzeit nicht angegeben werden. Es wird angestrebt, dass die vorhandene Technik ausreichen soll.

Umsetzung

Verwendung in der Aus- und Fortbildung; evtl. zur Verfügung stellen im Intranet für interessierte Beamte

Kontakte

Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, Fachgruppe II - Kriminalwissenschaften, Schmidtmannstraße 86, 06449 Aschersleben
Internet: http://www.fhs.pol.lsa-net.de
E-Mail: fh-pol@fhs.pol.lsa-net.de

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Simulation und Graphik, Universitätsplatz 2, 39106 Magdeburg

Wirkung des Einsatzes von Fallbeispielen im Rahmen des Unterrichtsfaches Einsatztraining

Untersuchungsgegenstand

Zum theoretischen Hintergrund und Bedeutung der Studie:

Im Einsatztraining werden häufig Fallbeispiele von Gewalt gegen Polizeibeamte eingesetzt. Hiermit wird u.a. die Veranschaulichung von Eigensicherung beabsichtigt sowie versucht, zur konsequenten Umsetzung sicheren Verhaltens im Polizeialltag zu motivieren. Dabei muss insbesondere der motivationale Aspekt geprüft werden, da viele Beispiele aus dem Arbeitsschutzbereich (z.B. Plakate mit Beinaheunfällen) und der Gesundheitspsychologie (z.B. Kampagnen bzgl. des Rauchens) sowie theoretische Überlegungen darauf hindeuten, dass dieses Ziel häufig nicht erreicht wird. Die geplante Studie soll die Wirkung von Fallbeispielen im Einsatztraining prüfen.

Forschungsmethoden

Fragebogenbefragung

Projektablauf

09/2004: Befragung Teilgruppe 1
02/2005: Befragung Teilgruppe 2
06/2006: Abschluss der Gesamtstudie mit Schlussbericht (Publikation)

Forschungsergebnisse

Siehe: Polizei & Wissenschaft, 2/2006 und Vortrag anlässlich der Tagung "Forum KI" vom 23. - 24.06.2006, eingestellt unter:
http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/kiforum/kiforum2006_lorei.pdf

Kosten/Finanzierung

Eigenfinanzierung

Sonstige

Umsetzung

Ergebnisse der Studie werden an entsprechenden Stellen (Tagungen, Seminare etc.) vorgestellt (siehe „Forschungsergebnisse) und in Fachzeitschriften und -Büchern publiziert. Weiterhin sind Darstellungen im Internet (Internetseiten der Verwaltungsfachhochschule und der Polizei Hessen) geplant. Selbstverständlich sollen die Ergebnisse in die Lehre (Einsatztraining u. ä.) einfließen.

Kontakte

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Fachbereich Polizei,
Abteilung Gießen, Talstraße 3, 35394 Gießen
E-Mail: fbpol.gi@vfh-hessen.de

Stichwortverzeichnis

Aggression 50
Alkohol 106
Alternative Sanktionen 119
Analyse 57, 61, 84, 92, 95
Antisemitismus 8
Aus- und Fortbildung70, 74, 76, 84, 88, 132, 133, 142, 143, 145
Ausländerkriminalität 67, 106
Beratung.....43, 79
Betrug 121, 124, 130
Brand/Feuer 92
Bürgernahe Polizeiarbeit 23
Diebstahl 31, 143
Drogen 13, 17, 82, 106
Dunkelfeld 13, 20, 31, 54, 57, 121
Eigensicherung 133, 142, 145
Einbruch.....143
Europäische Zusammenarbeit28, 124
Evaluation17, 70, 76, 79, 84, 88, 101, 104, 109, 119
Extremismus/Terrorismus135, 139
Fremdenfeindlichkeit 35
Gewalt12, 31, 45, 47, 50, 54, 106, 109, 116
Gewalt an Schulen 35, 45, 106
Gewalt in der Familie/im sozialen Nahraum 43, 116
Hasskriminalität.....12
Intensiv-/Mehrfachtäter55, 61, 137
Internet.....124
Jugend.....17, 55, 57, 109, 137
Jugendhilfe.....55, 119
Justiz 8, 37, 63, 67
Kinder- und Jugendkriminalität 12, 33, 45
Kindergarten 101
Konfliktbewältigung 35
Korruption 62, 121
Mediation/Schlichtung.....79
Öffentlicher Raum (incl. ÖPNV) 115
Öffentlicher Raum (incl. ÖPV) 104
Öffentlichkeitsarbeit 23, 74
Opferhilfe/Opferschutz 43, 116
Organisierte Kriminalität63, 65, 121, 130
Polizeiakzeptanz 23, 101, 119
Polizeiinterna73, 74, 76, 79, 81, 90, 132
Polizeiliche Arbeitsmethoden28, 33, 65, 70, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 95, 99, 104, 115, 119
Präsenz.....23, 104
Prävention12, 17, 28, 33, 35, 37, 45, 50, 101, 104, 109, 115, 116, 119, 121, 124, 127
Private Sicherheitsdienste 63
Prostitution.....47, 65
Rechtsextremismus .8, 11, 12, 135
Rechtstatsachen 67, 140
Rechtsvergleich 130
Repression 33
Risiko-Familie/-Jugendliche ...137
Rückfall 37, 61
Sachbeschädigung.....143
Schleusung.....67

Sexualdelikte/-straftaten41, 47, 52, 54, 95, 99, 109
Sicherheitsgefühl20, 21, 26, 28, 31, 104, 116
Skinheads.....12
Sozialarbeit.....12
Strafrecht/Strafverfahrensrecht90, 130
Straftaten gegen Frauen 47, 52, 65
Straftaten gegen Senioren.....116
Sucht.....13
Sympathiefiguren.....101

Täterbehandlung/Wiedereinglie derung.....37, 119
Tötungsdelikte.....41, 52
Umfrage.....8, 21, 28, 57
Verkehrsprävention.....82
Viktimologie.....45
Wirtschaftskriminalität62, 121, 124, 127, 130